

Wir müssen noch eine weitere Abstimmung durchführen. Der Einzelplan 14 steht noch zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1714**, den Einzelplan in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtbeteiligung der Fraktion Die Linke **angenommen** und der **Einzelplan 14 verabschiedet**.

Ich rufe auf den

**Einzelplan 11
Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales**

und dort zunächst den

**Teilbereich
Arbeit und berufliche Weiterbildung**

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Abgeordnete Preuß für die CDU-Fraktion.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für den Einzelplan 11 gilt: Dieser Haushalt ist nicht nur verfassungswidrig, er ist auch spiegelbildlich ...

(Unruhe)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, ich darf Sie kurz unterbrechen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, da eine große Unruhe im Plenarsaal herrscht, die Gespräche nach draußen zu verlegen, damit der Abgeordnete in Ruhe seine Ausführungen machen kann und Sie ihm zuhören können.

Peter Preuß (CDU): Der Haushalt ist spiegelbildlich zur Regierungserklärung das Eingeständnis und ein Dokument der politischen Unfähigkeit. Er bleibt übrigens – das ist besonders auffällig – weit hinter den Zielen der Koalitionsvereinbarung zurück. Es zeigt sich erneut die Unzulänglichkeit der Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Gesellschaft, Politik zu gestalten, ja mehr noch: sie gestalten zu wollen.

Wie ist die Situation? Die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Konjunkturkurve zeigt steil nach oben und wir verzeichnen ein Wachstum wie lange nicht mehr. Auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung führt das dazu, dass die Wirt-

schaft unter einem massiven Fachkräftemangel leidet. Gleichzeitig haben wir eine besorgniserregende Anzahl von Geringqualifizierten, die keine oder kaum eine Chance auf eine dauerhafte Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Damit sind die Anforderungen des Arbeitsmarktes klar. Es ist nicht erkennbar, dass sich diese Landesregierung diesen Anforderungen mit wirksamen Maßnahmen stellt. Es ist in dieser Situation auch nicht erkennbar, ob Rot-Grün in der Haushaltspolitik überhaupt diesbezügliche Schwerpunkte setzt, und wenn ja, welche – ganz zu schweigen von der Frage, ob die Schwerpunkte richtig gesetzt sind.

Stattdessen verfällt Rot-Grün in alte Denkmuster, holt alte Konzepte wieder aus der Schublade wie die teure Regionalstelle „Frau und Beruf“ oder die Arbeitslosenzentren, die erneut zu Doppelstrukturen führen, während Maßnahmen wie das Werkstattjahr für geringqualifizierte Jugendliche und andere Maßnahmen zurückgefahren werden. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Die Landesregierung baut Zeitdruck auf. Innerhalb von nur drei Wochen sollte der Haushalt im Ausschuss durchgepeitscht werden – und das zu einem Zeitpunkt, als klar war, dass der Haushalt mit den vorgelegten Zahlen verfassungswidrig sein würde, mit Zahlen also, die keine seriöse Haushaltsberatung zulassen, wobei dann auch noch die abenteuerliche Behauptung aufgestellt wurde, ausgerechnet die Einzelpläne 11 oder 15 seien gar nicht betroffen.

Ich will nicht alles wiederholen, was im Ausschuss dazu bereits Richtiges gesagt worden ist. Aber ich zitiere aus dem Brief des Ministers für Arbeit an den Präsidenten des Landtages vom 9. Februar 2011. Dort heißt es:

Der Nachtragshaushalt ist derzeit Gegenstand eines Normenkontrollverfahrens vor dem VGH. Hinsichtlich der Veränderungen durch den Nachtragshaushalt stehen die Ergebnisse unter dem Vorbehalt der Entscheidung des VGH im Hauptsacheverfahren. Insofern sind die nachfolgenden Ausführungen vorläufig.

Es geht um den Haushalt 2011 und dessen Einführung.

Das heißt, der Haushaltsplan enthält Luftnummern. Wir wissen nicht, ob die Zahlen überhaupt Bestand haben werden, weil sich aus der Summe aller Ausgaben aus allen Haushaltseinzelplänen überhaupt erst ergibt, ob die Verschuldensgrenze überschritten wird oder nicht. Es ist demnach auch falsch zu sagen, der eigene Haushalt sei gar nicht betroffen. Aber die Koalitionsfraktionen waren überhaupt nicht bereit, das von der Landesregierung vorgelegte Zahlenwerk kritisch zu überprüfen. Das ist keine Sternstunde der Regierungsfractionen.

Hinzu kommt, dass eine seriöse Haushaltsberatung auch deshalb nicht möglich war und ist, weil die Zahlen durch ein System von Pauschalierungen je-

de Erklärung nach allen Seiten offen lassen. Nicht zu Unrecht hat deshalb der DGB in seiner Stellungnahme zum Haushalt gemäß Schreiben vom März 2011 kritisiert, dass – ich zitiere – der vorliegende Haushaltsentwurf keine Rückschlüsse darauf zulässt, in welche Projektmaßnahmen die einzelnen Mittel fließen.

Und der Koalitionsvertrag wird gar nicht erst umgesetzt. Equal Pay für Frauen bleibt auf der Strecke, keine frauenspezifische Maßnahme, um Benachteiligungen von Frauen in diesem Bereich entgegenzuwirken. Die zukünftige Arbeitsmarktförderung für Frauen aus ESF-Mitteln bleibt, wie auch der DGB in seiner Stellungnahme feststellt, intransparent. Es reicht nicht, die Situation der Alleinerziehenden zu beschreiben, wenn man nicht gleichzeitig sagt, wie die Landesregierung deren Situation verbessern will.

Wie Beschäftigung für Menschen sichergestellt werden soll, die keine oder kaum Chancen auf eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, bleibt das große Geheimnis der Koalition, obwohl der Koalitionsvertrag vollmundig eine dauerhafte Beschäftigung im öffentlichen Sektor verspricht, wobei wir an der Stelle nicht darüber reden müssen, wie schwierig das mit dem öffentlichen Sektor ist. Zumindest sind keine haushaltspolitischen Akzente diesbezüglich erkennbar, keinerlei Konzepte, mit denen man sich einer Diskussion über diese Thematik nähern könnte. Stattdessen werden wieder – ich sagte das eben schon – Doppelstrukturen durch Förderung und Wiedereinführung der Arbeitslosenzentren geschaffen und rot-grüne Spielwiesen eröffnet.

Jeder weiß, meine Damen und Herren, wie es um den Arbeitsschutz im Ministerium für Arbeit bestellt ist. Mehrfach haben wir erklärt, dass wir jede Unterstützung zukommen lassen werden, wenn es darum geht, die Situation in diesem Bereich zu verbessern. Der Herr Minister hat den Arbeitsschutz auch zum Gegenstand der Regierungserklärung im Ausschuss gemacht. Von Vereinheitlichung des Arbeitsschutzes war da die Rede. Aber schon meine simple Frage, ob das bedeute, dass der Arbeitsschutz mit einer personellen Aufstockung verbunden sei, hat der Minister nicht beantworten können oder nicht beantworten wollen. Bis heute ist im Übrigen nichts passiert.

In einem Brief vom 21. März 2011, wiederum an den Präsidenten des Landtags, legt der Minister allerdings dar – auch wiederum zur Einführung des Haushaltsplanes –, was konkret getan wird, um den Arbeitsschutz zu stärken. Das ist auch alles in Ordnung. Das will ich gar nicht kritisieren. Dann aber tritt der Minister vor die Presse und erklärt, er benötige 60 weitere Stellen für den Arbeitsschutz,

(Minister Guntram Schneider: Überhaupt nicht!)

und setzt die Opposition unter Druck mit dem Hinweis, das funktioniere nur dann, wenn die Opposition nicht gegen den Haushalt klage. Also kein Konzept, die Opposition wird unter Druck gesetzt und soll es schließlich richten – ein weiteres Eingeständnis der politischen Handlungsunfähigkeit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich frage mich: Was bespricht die Regierung eigentlich dienstagnachmittags am Kabinettsstisch?

Diese Art von Politik hat das Land nicht verdient. Es steht Ihnen frei – wir unterstützen Sie auch dabei –, die Stellen beispielsweise im Arbeitsschutz zu schaffen. Sie müssen aber dann auch bereit sein, die Prioritäten anders zu setzen, auf Spielwiesen zu verzichten, die Geld kosten, und entsprechende Schwerpunkte zu setzen.

Zu nennen wäre die Regionalstelle „Frau und Beruf“, die 5 Millionen € zusätzlich kosten wird, die Landespräventionsstelle für 8,5 Millionen €. Wir haben das im Einzelnen, wie Sie wissen, auch schon einmal aufgelistet.

Wir können es nicht durchgehen lassen, dass Maßnahmen für Jugendliche wie zum Beispiel das Werkstattjahr gestrichen werden. Jugendliche, die es schwer haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, müssen die Möglichkeit erhalten, sich praktisch zu qualifizieren. Ich möchte aber an der Stelle auch sagen, Herr Minister, dass Ihr Vortrag in der letzten Ausschusssitzung zum Thema „Übergang von der Ausbildung in den Beruf“ recht ordentlich war. Sie haben eine ganze Reihe von nützlichen Vorstellungen vorgetragen. Nun müssen allerdings auch Taten folgen.

Sie haben – das möchte ich ausdrücklich bemerken – das Problem des Fachkräftemangels hervorgehoben und Lösungsansätze entwickelt – vor allen Dingen das Plädoyer, schon frühzeitig mit der Sichtung der Defizite zu beginnen und herauszuarbeiten, dass Jugendliche erkennen müssen und sollen, wo ihre Fähigkeiten und Begabungen im Hinblick auf spätere berufliche Tätigkeit liegen könnten.

Wichtig ist aus unserer Sicht allerdings auch eine gewisse Steuerung, die notwendig erscheint. Es muss auch für Berufe Interesse geweckt werden, die momentan bei Jugendlichen vielleicht nicht so populär sind, aber durchaus am Markt gefragt sind. Es hat keinen Sinn, wenn alle Industriekaufmann werden wollen und Mechatroniker gesucht werden. – Das einmal nebenbei!

Wenn man das alles zusammennimmt, lässt sich das kurz auflisten. Alles das, was versprochen worden ist, was im Koalitionsvertrag steht, ist nicht umgesetzt, geschweige denn als Schwerpunkt im Haushalt ausgeführt. Gute Arbeit: Fehlanzeige! Equal Pay: Fehlanzeige! Arbeitsschutz: Fehlanzeige! Förderung von Geringqualifizierten: Fehlanzeige!

ge! Verbesserung der Situation von Alleinstehenden: Fehlanzeige!

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: CDU: Auch Fehlanzeige!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Preuß. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Preuß, Dokument der politischen Unfähigkeit: Ja, das haben wir bei Ihren Ausführungen hier gesehen. Das stimmt wirklich.

Im selben Atemzug kritisieren Sie zum einen, dass das Programm „Frau und Beruf“ wieder eingeführt wird, und zum anderen, dass für Frauen zu wenig gemacht werde. Sie müssen sich also schon einmal überlegen, wie Sie noch deutlicher dokumentieren wollen, wo die politische Fähigkeit und Unfähigkeit in Reihen der CDU-Fraktion liegt.

Außerdem greifen Sie zum x-ten Mal das Thema „Werkstattjahr“ auf – wohl wissend, dass in dem Haushalt überhaupt keine Aussage über die Zukunft des Werkstattjahres enthalten ist –, loben aber gleichzeitig die Tatsache, dass man den Übergang Schule/Beruf weiterentwickeln will. Ja, das wollen wir. Wir haben Ihnen auch x-mal erklärt, dass das Werkstattjahr ein Bestandteil dieser Diskussion ist, Herr Preuß und Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Das wollen Sie aber gar nicht wahrnehmen.

Ich sage nur: Was Sie hier abgeliefert haben, ist ein Dokument der politischen Unfähigkeit. Anders kann man das nicht bezeichnen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Quatsch!)

Herr Preuß, früher hätte ich gesagt: Als Tiger gestartet, im Lauf der Rede als Bettvorleger gelandet.

Tatsache ist, dass die Arbeitsmarktpolitik ein wesentlicher Bestandteil der Politik der die Regierung tragenden Koalition ist und bleibt. Die Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik bei unserer Politik sinkt nicht, obwohl die Arbeitslosenzahlen in Nordrhein-Westfalen erfreulicherweise sinken.

Richtig ist auch – das haben Sie ebenfalls ein wenig zu übertünchen versucht –, dass die Arbeitsmarktpolitik auch ein Stück weit Kontinuität in diesem Haushalt widerspiegelt. Das ist wahr. Ehe Herr Laumann sich jetzt freut, weil er denkt, dass ich ihn loben wollte, will ich Ihnen aber sagen: Ich bin elf Jahre hier im Parlament. Und bei der Kontinuität der Minister lauten die Namen: Schartau, Laumann und

Schneider. Das ist die Kontinuität der Arbeitsmarktpolitik, die ich hier seit elf Jahren mit begleite. Es ist auch gut und richtig, dass wir diese Kontinuität hatten.

Aber nichtsdestotrotz haben wir natürlich Akzente gesetzt. – Herr Preuß, weil ich ja schon öfter versucht habe, Ihnen das zu erklären, wäre ich Ihnen eigentlich dankbar, wenn Sie mir auch zuhören würden. Das wäre nett.

Wir haben Schwerpunkte gesetzt. Beispielsweise – das haben Sie gar nicht erwähnt – finanzieren wir die Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen wieder. Damit haben wir eine der unsozialsten Maßnahmen Ihrer Regierungszeit rückgängig gemacht – übrigens flächendeckend. Das haben wir letztes wieder diskutiert. Ich will das gar nicht weiter ausführen. Jetzt haben wir bedarfsorientiert wieder Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen.

Außerdem – das haben Sie ja zumindest ansatzweise gelobt – ist NRW bei der Weiterentwicklung des Übergangs Schule/Beruf bundesweit der Vorreiter des Prozesses – übrigens mit präventivem Charakter. Das hätte Ihnen auch einfallen können. Die Wendung in diesem Bereich hat einen ausgesprochenen Präventionscharakter. Man muss sagen, dass wir im Bereich Orientierung, Beratung und Qualifizierung von Berufsbewerbern den Schwerpunkt setzen – und vor dem Einstieg in die Qualifizierung ausgesprochen präventiv. Sie hätten ruhig einmal herausarbeiten können, dass NRW da auch bundesweit eine Vorreiterrolle spielt. Übrigens ist es nicht nur eine Vorreiterrolle; gleichzeitig werden beim NRW-Modell in Kontinuität die Beteiligten einbezogen. Der Ausbildungskonsens begleitet diesen Prozess. Das, was andere jetzt nachmachen, sind alles NRW-Modelle, die wir als Sozialdemokraten hier vorbildlich umgesetzt haben und in deren Rahmen wir die Akteure einbeziehen. Das hätte Ihnen einmal einfallen können.

Den Fachkräftebedarf haben Sie angesprochen. Im Haushalt steht noch nichts dazu. Die Koalition ist aber dabei, eine Analyse vorzunehmen. Sie haben hier große Worte gewählt. Ich wäre einmal sehr daran interessiert, dieses Thema zu diskutieren. Auf jeden Fall ist für mich klar, dass Fachkräftebedarf regional unterschiedlich ist. Gucken Sie einmal ins Land; dann sehen Sie das. In Duisburg ist das anders als in Iserlohn, zumindest was den aktuellen Fachkräftebedarf angeht. Daher müssen wir ihn auch regional analysieren. Wir sind dabei, das zu tun. Es geht auch darum, dass das Ministerium die Beteiligten einbezieht – ähnlich wie im Ausbildungskonsens. Da liegen erste Schreiben vor. In dieser Frage gibt es erste Bewegung.

Im Bereich der Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik ist von Ihnen finster vernachlässigt worden, dass die regionalen Akteure – dazu gehöre ich als regionaler DGB-Vorsitzender auch – in die Arbeits-

marktpolitik einbezogen werden müssen. Wir sind dabei, diese Strukturen wieder aufzubauen. Dafür müssen wir jetzt alles das wieder zusammenkitten, was Sie in Ihren fünf Jahren zerschlagen haben.

(Ilka von Boeselager [CDU]: Ach, du lieber Gott! Mir kommen die Tränen!)

– Schauen Sie einmal in den Bereich der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik. Ich weiß nicht, ob Sie da drin sind. Ich bin sehr intensiv da drin. Das hat fünf Jahre nicht mehr stattgefunden. Die Akteure – die IHKs, der DGB, die Handwerkskammern – haben sich unter diesem Aspekt überhaupt nicht mehr getroffen.

(Ilka von Boeselager [CDU]: Wieso ist denn die Arbeitslosigkeit zurückgegangen?)

Sie haben sich überhaupt nicht mehr getroffen, weil Sie das als Regierung überhaupt nicht gefördert haben. Fragen Sie einmal Herrn Laumann. Den Kontakt halten wir nur noch über Mails. Fünf Jahre lang haben Sie das vernachlässigt. Und jetzt rufen Sie dazwischen, wenn ich sage, dass wir es wieder vorbereiten, damit es wieder vorangeht und die Akteure zusammenarbeiten. Das ist doch ein Ziel.

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

Im Bereich „sozialer Arbeitsmarkt“ sind wir dabei, dieses Thema in der Koalition zu vertiefen. Wir erarbeiten als Koalition ein Konzept. Auch da muss ich auf Ihre Seite gucken. Das Problem ist im Moment die Bundesebene. Das Problem ist Frau von der Leyen. Die Bundespolitik hat das ausgesprochen positive und erfolgreiche Instrument der Job-Perspektive zunächst ausgetrocknet. In der Debatte über die Instrumentenreform, die wir gerade sehr aktuell führen – dabei geht es um die arbeitsmarktpolitischen Instrumente sowie die Reduzierung und Weiterentwicklung –, hat sie dieses erfolgreiche Instrument Job-Perspektive jetzt im Grunde endgültig erledigt und auch kein adäquates Instrument eingestellt.

Übrigens findet sich auch in Bezug auf die Frage der Gegenrechnung von aktiven und passiven Leistungen zumindest in den mir bekannten Papieren des Bundesministeriums nichts wieder. Dort gibt es also keine Fortentwicklung, die eine Grundlage dafür bilden könnte, dass wir mit Bundesbeteiligung bzw. Bundeshilfe das Thema „sozialer Arbeitsmarkt“ erfolgreich voranbringen können. Wir werden den Minister und das Ministerium bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen und Diskussionen um diese Fortentwicklung positiv begleiten.

Ich schaue ganz bewusst auf die Seite der CDU- und FDP-Fraktion. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns bei dem Ausgleich der schweren Defizite auf Bundesebene und bei den notwendigen Veränderungen unterstützen würden, wenn Sie auf der Bundesebene dafür werben würden, dass wir im Bereich des sozialen Arbeitsmarkts, arbeitsmarktpo-

litischer Instrumente einen gemeinsamen Fortschritt erzielen könnten, im Sinne von NRW, im Sinne der Beschäftigten und arbeitslosen Menschen in diesem Land.

Herr Preuß, Sie haben – ich will mich darauf kurz beziehen – die Frage der „guten Arbeit“ angesprochen. Das ist die generelle Leitlinie unserer Politik. Ja, die Leitlinie sozialdemokratisch-grüner Arbeitsmarktpolitik ist die „gute Arbeit“, das heißt: prekäre Beschäftigung zu verhindern, zu vermindern, zu vermeiden. Daran arbeiten wir. Bundesratsinitiativen hat es gegeben. Das ist aber ein bundespolitisches Thema. Das heißt auch, dass es sehr gut wäre, wenn sich CDU und FDP in Fragen des Mindestlohns auf Bundesebene bewegen würden, einen Durchbruch erzielen würden, dass wir einen gesetzlichen Mindestlohn erreichen. Das heißt auch, dass wir im Bereich der Leiharbeit ganz intensiv vorangehen und die Leiharbeit auf das absolut Notwendige beschränken wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, wir sind im Bereich Arbeitsmarktentwicklung, Arbeitsmarktpolitik auf positivem Wege. Die Richtung stimmt, auch wenn es natürlich bei der Bekämpfung und Reduzierung der Arbeitslosen und der hohen Arbeitslosenzahl nach wie vor viel zu tun gibt. Wir stimmen dem Entwurf des HFA zu. Wir werben dafür, dass Sie das auch tun. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bischoff. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen! Herr Preuß, wenn man sich eine schwarze Brille aufzieht, die ja bekanntlich verdunkelt, kann man auch die rot-grünen Lichter nicht mehr erkennen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu Ihren Einlassungen kann ich leider nur feststellen: konstruktiver Redebeitrag: Fehlanzeige! Gestaltungsvorschläge der CDU: ebenfalls Fehlanzeige! Ich sage Ihnen auch: Ein Koalitionsvertrag ist auf fünf Jahre angelegt; wir wollten Sie nicht damit belästigen, Ihnen jedes Jahr einen vorzulegen. Von daher lassen Sie uns etwas Zeit, die guten Ansätze, die dort zu finden sind, auch fundiert und ordentlich sowie hoffentlich in Abstimmung mit Ihnen in den nächsten fünf Jahren anzugehen.

Trotzdem ist es so, dass der Einzelplan 11 auch eine deutlich grüne Handschrift zeigt. Wir wollen Arbeitsmarktpolitik sozial gestalten, und das ist uns hier trotz des Spardiktates sehr gut gelungen.

Arbeit ist ein zentraler Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb ist es notwendig, dass alle

Frauen und Männer ein existenzsicherndes Einkommen haben und durch ihre Erwerbsarbeit erzielen sollen.

Wenn ich sage „alle“, meinen wir insbesondere die Menschen, deren Zugänge zu unserem Arbeitsmarkt erschwert und nicht selten versperrt sind. Für diese Menschen hat sich der Arbeitsmarkt nicht positiv entwickelt, und sie stehen trotz des Wirtschaftswachstums am Rande. Diese Menschen brauchen Unterstützung und Hilfe. Sie haben sie eben selber angesprochen: Für ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Frauen, Migranten und Flüchtlinge, Schul- und Ausbildungsabbrecher müssen wir Perspektiven schaffen. Wir müssen diesem Personenkreis Zugänge schaffen. Und genau diese Zugänge sind im Einzelplan 11 auch angelegt, und zwar durch Programme, Projekte, Initiativen, die einer Integration in den Arbeitsmarkt ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau von Boeselager zulassen?

Martina Maaßen (GRÜNE): Ja, gern.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ilka von Boeselager (CDU): Ich würde die Kollegin fragen, ob Sie davon überzeugt ist, dass wir in diesen ganzen Fragen nichts getan haben.

Martina Maaßen (GRÜNE): Ja, wo sind denn Ihre Vorschläge? Sie haben sich an der Diskussion im Ausschuss nicht beteiligt.

Ilka von Boeselager (CDU): Wer ist denn in der Regierung? Wollen Sie unsere Vorschläge übernehmen oder wollen Sie Ihre eigenen entwickeln?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, man kann eine Frage stellen, und dann wird sie beantwortet.

Martina Maaßen (GRÜNE): Ich bin aber auch in der Lage, zwei zu beantworten.

Liebe Frau von Boeselager, dann haben Sie unseren Haushaltsplan nicht gelesen;

(Ilka von Boeselager [CDU]: Doch!)

denn dazu komme ich gerade. Er ist voll gespickt von Initiativen und Projekten,

(Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

um gerade diese Menschen, die ich gerade genannt habe, zu berücksichtigen. Wenn Sie das Werkstatt-

jahr ansprechen – dazu komme ich gleich noch –, wird uns unterstellt, das zu streichen. Das ist überhaupt nicht der Fall. Es ist für diese Zielgruppe durchaus richtig, arbeitsmarktpolitische Instrumente zu entwickeln. Ob das so bleiben muss, wie es jetzt ist, müssen wir dann sehen. Aber wie gesagt, dazu komme ich noch.

Für die ESF-finanzierte Arbeitsmarktpolitik, meine Damen und Herren, stehen 248 Millionen € zur Verfügung. Das ist eine Steigerung des Landesanteils von 3,7 Millionen €, erste Handschrift von Rot-Grün.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit werden insbesondere Menschen mit Behinderungen gefördert, um Ihnen den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern, und auch langzeitarbeitslose Jugendliche.

Nun komme ich zu den Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren, Herr Preuß. Es ist absolut richtig, dass wir diese weiter fördern mit einem Ansatz von 5,7 Millionen €. Sie haben von Doppelstrukturen gesprochen. Nein, es ist nicht so. Sie haben diese Strukturen kaputtgespart. Sie haben sie vernichtet.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Es gibt in diesem Bereich keine Doppelstrukturen. Ihre Vision – ja, Herr Laumann, da können Sie sich jetzt verabschieden –, dass Argen oder Kommunen diese Aufgabe übernehmen, ist absolut nicht eingetreten. Es gibt ganz wenige Argen, die Arbeitslosenberatungsstellen fördern, und Kommunen schon mal gar nicht.

(Norbert Post [CDU]: Die dürfen es gar nicht!)

– Das ist sehr wohl so in Kommunen. Aber die meisten Kommunen können es auch einfach nicht. Wir sprechen hier ständig von der finanziellen Notlage der Kommunen, und das ist eine freiwillige Leistung. Und wenn Sie, Herr Post, dann sagen, die können das gar nicht, dann drehen Sie sich doch einmal zu Ihrem Kollegen um, woher er denn den Begriff der Doppelstrukturen nimmt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Es gibt da keine Strukturen. Die bauen wir gerade wieder auf.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Wir haben Menschen, die diese unabhängige Beratung nötig haben. Das ist gut, dass wir das machen.

Ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn Sie sagen: Sie können nicht erkennen, was wir für Jugendliche tun. Sie wissen doch ganz genau, dass gerade ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept zur beruflichen Integration von Jugendlichen mit und ohne Förderbedarf auf den Weg gebracht wird. Das ist auch ein Instrument, dem Fachkräftemangel entgegen-

genzuwirken: wenn wir sehr früh, schon ab Klasse 8, beginnen, dass sich Jugendliche mit Berufsorientierung befassen, und wir unsere arbeitsmarktpolitischen Bausteine daran orientieren.

Es ist richtig, dass hier Geld in die Hand genommen wird, um die Förderstrukturen der BA, des Berufskollegs und der Landesprogramme aufeinander abzustimmen, aber auch zu entflechten. Aus meiner Sicht kann das nicht ohne die Abstimmung mit den freien Trägern und der Wohlfahrtspflege gehen, die im Feld der Ausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung wertvolle Unterstützung leisten.

Dazu gehört auch das Werkstattjahr. Sie kennen die PowerPoint-Vorlagen, in denen das Werkstattjahr und die Jugendberufsstätten erwähnt sind. Sie haben ihre Berechtigung, wir müssen etwas für diese Zielgruppe tun. Aber es ist auch legitim, das Werkstattjahr zu evaluieren und zu schauen, wo es hakt.

Im Weiteren setzen wir Grüne uns für Menschen mit Behinderungen ein. Wir legen den Schwerpunkt hier aber nicht mehr auf Werkstätten für Behinderte, sondern wollen die Gelder verstärkt in Integrationsfirmen eingesetzt wissen. Entsprechend den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention sprechen wir uns damit deutlich für den Ausbau der Teilhabe am regulären Arbeitsmarkt aus.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Ein letztes Wort zum Arbeitsschutz! Hier wurde die radikale Rasur der schwarz-gelben Vorgängerregierung sukzessive zurückgenommen. Erklärtes Ziel ist es, den Arbeitsschutz zu stärken und eine handlungsfähige Arbeitsschutzverwaltung wiederherzustellen. Gerade der aktuelle PCB-Skandal zeigt uns wieder, wie notwendig das ist. Das wissen Sie auch. Deswegen finde ich es ein Stück weit unverschämt, wenn Sie hier behaupten, wir würden da nichts tun. Sie wissen, dass wir die freien Stellen im Arbeitsschutz – im Moment ca. 62 – wieder besetzt wissen wollen. Das MAIS setzt sich sehr stark dafür ein.

Lassen Sie mich noch einen Ausblick auf 2012 geben. Herr Preuß sprach an, er habe dazu nichts gefunden. Natürlich haben wir den sozialen Arbeitsmarkt auf der Agenda. Wir sind bereits sehr intensiv dabei, eine Bundratsinitiative zu starten, und werden im Weiteren auch überlegen, welche Möglichkeiten wir hier im Land haben, um modellmäßig einen integrativen Arbeitsmarkt auf den Weg zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für Politiker ist es immer erfreulich, wenn sie mit einem Hinweis auf die gute konjunkturelle Entwicklung beginnen können: Die Arbeitslosigkeit ist im März noch einmal kräftig gesunken; die Beschäftigung hat den höchsten Stand seit 2002 erreicht.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das sind geschönte Zahlen!)

Während bei Langzeitarbeitslosen für sich betrachtet ein positiver Trend zu beobachten ist, müssen wir leider insbesondere bei den älteren Langzeitarbeitslosen einen weiteren Anstieg verzeichnen. Von Sockelarbeitslosigkeit ist diese Gruppe besonders betroffen.

Daher ist es notwendig, die bisherigen Maßnahmen bei der Vermittlung auf den Prüfstand zu stellen und die Qualität der Betreuung und Beratung vor Ort zu verbessern. Hierzu hat die Bundesregierung bereits Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir werden sie dabei unterstützen, für die Betroffenen gute und effektive Hilfsangebote zu schaffen.

Dagegen hat die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen offenbar ein Problem damit. Arbeitsminister Schneider fiel zum Vorhaben der Bundesregierung nichts Besseres ein als der Vorwurf, sie lasse die Arbeitslosen im Stich. Seltsam ist bloß, dass der Minister für sich und sein Haus andere Maßstäbe gelten lässt und derzeit etwa die Instrumente beim Übergang von der Schule in den Beruf kritisch unter die Lupe nimmt. Er spricht sogar von Ressourcenverschwendung.

Also: Wenn die Bundesregierung einen Instrumentenkasten kritisch bewertet, ist das Ausdruck sozialer Kälte; wenn die rot-grüne Landesregierung das Gleiche macht, ist das eine bahnbrechende Leistung.

Damit komme ich zu Ihrer präventiven Haushaltspolitik. Die taugt nur insofern zur Prävention, als sie vor allem SPD und Grüne davor schützt, sich bei der eigenen Klientel durch einen Sparkurs unbeliebt zu machen.

Als CDU und FDP 2005 Regierungsverantwortung übernommen haben, war klar, dass es Einschnitte geben würde. Bequem war das nicht. Wir haben uns mit den begrenzten Mitteln vor allem darauf konzentriert, Ausbildungs- und Arbeitshemmnisse zu beseitigen und Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Um am Arbeitsmarkt teilzuhaben, ist eine Berufsausbildung mehr und mehr eine unerlässliche Voraussetzung. Es ist daher erfreulich, dass die Bilanz zur Hälfte des Ausbildungsjahres 2010/2011 für Nordrhein-Westfalen so günstig ausfällt.

Dennoch gibt es Probleme. Die bestehen vor allem in dem Verhältnis zwischen dem Bedarf bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen und dem Angebot an Bewerbern. Es gibt offenbar eine wachsende

Zahl an Jugendlichen, die soziale und/oder fachliche Defizite aufweisen. Die Gründe dafür sind komplex und bedürfen einer umfassenden Analyse und einer differenzierten Strategie.

Fraglich ist daher, ob die geplante Ausbildungsgarantie Substanz hat. Der Minister hat inzwischen klargestellt, dass die Garantie nicht individuell eintragbar sei. Vollmundige Versprechungen kommen der Landesregierung leicht über die Lippen, aber wenn es an die Umsetzung geht, ist zurückrudern angesagt. Da haben Ihre Kritiker vollkommen recht, Herr Schneider, wenn sie von einer Luftnummer sprechen. Minister Schneider wird im „Kölner Stadt-Anzeiger“ im Übrigen mit den Worten zitiert – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Die Verantwortung der Unternehmen für die Ausbildung können und wollen wir nicht gänzlich auf den Staat übertragen.“

(Minister Guntram Schneider: Richtig!)

Wenn man diese Worte liest, ist man sich nicht sicher, ob da nicht auch ein gewisses Bedauern mitschwingt. Und darin liegt der Kern des Problems der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik. Dabei geht es gerade der FDP keineswegs darum, aus Prinzip alles beim Alten zu belassen und sich voller Nostalgie an Maßnahmen zu klammern. Diese sind kein Selbstzweck, sondern müssen sich an ihren Erfolgen messen lassen.

(Günter Garbrecht [SPD]: Sehr gut!)

Dass es beim Übergang von der Schule in den Beruf Verbesserungsbedarf gibt, insbesondere für Schüler mit Migrationshintergrund, wird niemand bestreiten. Aber der Appell der Landesregierung an die Betriebe klingt allzu sehr nach Wunschen: „Qualifizieren so hoch wie möglich!“ Das hört sich nach Überforderung für alle Beteiligten an. Ein großer Betrieb mag über personelle Kapazitäten für eine intensivere Betreuung der Auszubildenden verfügen; aber für kleine, mittelständische oder Handwerksbetriebe ist diese Belastung enorm. So verwundert es nicht, dass es innerhalb des nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsenses gewaltig knirscht. Offenbar steht die Umsetzungsstrategie für den Übergang Schule/Beruf noch auf wackligen Beinen, was Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichermaßen beunruhigt.

Fest steht: Wir brauchen effektivere Fördermöglichkeiten, eine differenzierte Abstufung an unterstützenden Instrumenten sowie eine praxisorientierte Weiterentwicklung der Ausbildungsberufe, die gleichermaßen für unterschiedliche Begabungen und unterschiedliche betriebliche Anforderungen geeignet sind. Wir haben aus gutem Grund in der Zeit unserer Regierung das Werkstattjahr eingeführt, das spezifische Orientierungsmaßnahmen vorsieht. Solche Instrumente sind bedarfsorientiert weiterzuentwickeln.

Nicht zu beanstanden ist, dass eine Vielzahl bewährter Instrumente der Arbeitsmarktpolitik fortgeführt wird. Zu nennen ist vor allem die Verbundausbildung, die, ebenso wie die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, gerade für kleine Betriebe unerlässlich ist.

Um einem Fachkräftemangel vorzubeugen, darf man sich aber nicht nur auf den Bereich der Ausbildung beschränken. Die FDP hat einen Antrag zur Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse eingebracht, auch unter Einbeziehung der gesetzlichen Aktivitäten auf Bundesebene. Es existiert ein großes Potenzial an ausländischen Mitbürgern, die über gute Qualifikationen verfügen, diese jedoch nicht einbringen können. Wir hoffen, dass es in diesem Bereich schon bald zu spürbaren Verbesserungen kommt.

Was die Zukunftsfähigkeit gerade der Kleinbetriebe angeht, so sind Potenzialberatungen und Bildungschecks nach wie vor ein gelungener Ansatz. Der lernende Betrieb gehört ebenso dazu wie der lernende Mitarbeiter. Beide bedingen einander. Da ist es gut, dass auch diese Instrumente weiterhin angeboten werden.

Wünschenswert wäre es allerdings, dass sich die Landesregierung von diesem Bildungsaufbruch stärker anstecken ließe. Vor allem die SPD stand früher einmal für Fortschritt und Aufstieg, insbesondere den Aufstieg der Arbeiterschaft. Heute werden da andere Schwerpunkte gesetzt. Das wird an einem der zentralen Wahlversprechen der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik deutlich. Gemeint ist die erneute Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen. Wie von uns bereits mehrfach gesagt wurde, bestreiten wir nicht, dass in den Beratungszentren und Beratungsstellen gute und engagierte Arbeit geleistet wird. Dennoch muss man die Frage stellen, ob es nicht bessere Möglichkeiten gibt, um langzeitarbeitslose Menschen auf dem Weg in die Arbeitswelt zu unterstützen.

Ein besonders fragwürdiger Schritt ist der zusätzliche Geldsegen für die alte SPD-Klientel in Gestalt der Technologieberatungsstelle. Das ist eine Politik der Gefälligkeit und keine Politik der Notwendigkeiten. Entsprechendes werfen Sie ja anderen vor, nicht zuletzt auch gerne der FDP. Sie selbst jedoch machen das relativ ungeniert.

Auch die Mittelerhöhung für die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung bleibt rätselhaft. Als Grund eine bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung anzuführen, klingt angesichts der Haushaltsdefizite in Nordrhein-Westfalen nicht sehr überzeugend.

Zum Thema Arbeitsschutz: Hier haben wir als FDP auf Mängel und Verbesserungsbedarf hingewiesen, insbesondere bezogen auf Arbeitszeitverstöße in Kliniken. 60 unbesetzte Stellen sollen wiederbesetzt werden. Aber wir warten noch immer auf ein fundiertes Konzept der Landesregierung dazu, wie der

Arbeitsschutz insgesamt in Zukunft ausgestaltet werden soll.

(Zuruf von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

In der Gesamtschau der Aktivitäten entdeckt man bei der Landesregierung wenig Kreatives und Innovatives. Viel Energie wurde allerdings auf den Klassiker „Mindestlohn“ verschwendet – so, als wären damit alle Probleme auf einen Schlag beseitigt. Das ist Ideologie und Stimmungsmache pur und zeugt von einer eindimensionalen Betrachtungsweise, insbesondere weil die wirtschaftlichen Konsequenzen ausgeblendet werden.

Im Bereich von Branchenlösungen liegt der Fall etwas anders, wie bei der Pflege und bei der Zeitarbeit deutlich wurde. Grundsätzlich ist es aber richtig, wenn die Tarifparteien die Löhne aushandeln und sich der Staat weitgehend heraushält. Gerade die SPD sollte das eigentlich wissen und die Tarifautonomie hochhalten, wo immer das möglich ist. Dass der frühere Chef des DGB in Nordrhein-Westfalen ein Problem damit hat, spricht für sich.

Das Thema Zeitarbeit hat uns hier wiederholt beschäftigt. Die FDP hält die Zeitarbeit nach wie vor für ein wichtiges Instrument, um eine Brücke in eine feste Beschäftigung zu schaffen und um die notwendige Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten.

Flexibilität ist jedoch auch seitens der Politik gefragt, wenn sich herausstellt, dass es in der Praxis zu Verwerfungen kommt. Dem Missbrauch hat die Bundesregierung mit einer Neuregelung im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu Recht einen Riegel vorgeschoben. Deshalb sollten wir die Sache hier differenziert betrachten. Wir sollten das Notwendige tun, aber dieses Instrument nicht unnötig unattraktiv machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ziehe ein Fazit: In der Arbeitsmarktpolitik stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen. Die Landesregierung orientiert sich aber primär an der Vergangenheit und gibt auf viele drängende Fragen keine zukunftsorientierten Antworten. Der plakative Ruf nach dem „Normalarbeitsverhältnis“ verkennt die Wirklichkeit. Dabei ist das Bedürfnis der Arbeitnehmer nach Sicherheit, gerade in unsicheren Zeiten, verständlich. Aber das Bedürfnis nach Selbstbestimmung und einer freien Entfaltung der eigenen Fähigkeiten ist mindestens ebenso groß, und die wirtschaftliche Entwicklung muss gleichfalls mitgedacht werden. Rot-Grün tut immer so, als ob feststünde, was „gute Arbeit“ ist.

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist doch eine Farce!)

Ich rate dazu, sich mit vorschnellen Antworten zurückzuhalten, in eine intensive Diskussion mit allen Beteiligten einzutreten und für neue Erkenntnisse offen zu sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Kollege Hafke. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun der Kollege Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Bei manchen Beiträgen beschleicht mich – wenn ich das einmal locker so sagen darf – das Gefühl: Ich kriege gleich die Krise. Wenn die Landesregierung sich ein Stück weit an der Vergangenheit orientiert, begrüße ich das sehr. Sie revidiert nämlich wenigstens ein bisschen von dem, was Sie von CDU und FDP in den fünf Jahren Ihrer Regierung zerstört haben.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie sprechen von Arbeitsschutz. Das ist völlig richtig, Herr Hafke. Aber wenn Sie die Stellen beim Arbeitsschutz kürzen, frage ich, wie dann ein effektiver Arbeitsschutz in diesem Land betrieben werden soll. Das ist doch die Quadratur des Kreises, die Sie hier beschreiben.

(Zuruf von der SPD)

Es müssen Stellen her. Damit wird wenigstens einiges rückgängig gemacht, wenn auch unserer Meinung nach in vielen Fragen völlig unzureichend.

Sie sagen, es müsse bessere Möglichkeiten für die Arbeitslosen geben, es müsse auch Beratung geben. Was Arbeitslose vor allem brauchen, was Erwerbslose brauchen, ist, dass sie Arbeit bekommen. Aber solange das nicht der Fall ist, sind diese Beratungszentren für Erwerbslose notwendig, und es ist gut, dass die Landesregierung auch hier bestimmte Entscheidungen rückgängig gemacht hat. Wir haben zwar ein bisschen mehr gefordert, aber wenigstens das ist geschehen. Das ist etwas, was Sie in der Vergangenheit ganz eindeutig kaputt gemacht haben.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für uns ist Arbeit nicht nur Broterwerb. Arbeit ist mehr. Wir verstehen unter Arbeit alle Tätigkeiten, mit denen der oder die Einzelne zur Produktion oder zur Reproduktion der Gesellschaft beiträgt. Die Maßnahmen der Deregulierungspolitik – jetzt kann ich sie alle noch einmal nennen; ich bin ja dafür bekannt, dass ich das tue – der Regierungen Schröder und Merkel auf Bundesebene, aber auch die von Steinbrück und Rüttgers haben in der Vergangenheit den Ausbau prekärer Beschäftigung geradezu gefördert und so den Wert von Arbeit ganz eindeutig gemindert. Wir wollen die Arbeit wieder aufwerten. Das muss das Ziel sein, und ich hoffe, dass SPD und Grüne dabei mitgehen.

(Beifall von der LINKEN)

Dazu gehört im Übrigen auch, dass die sogenannten Ein-Euro-Jobs endlich vollständig abgeschafft werden.

(Beifall von der LINKEN)

Das sage ich nicht nur mit Blick auf die unmittelbar Betroffenen. Vielmehr ist der Druck, der durch Hartz IV und die damit verbundenen Maßnahmen auf die regulär Beschäftigten ausgeübt wird, so groß, dass nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung der Bruttolohn in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren um 4 % zurückgegangen ist. Er ist in Deutschland allgemein zurückgegangen, in Nordrhein-Westfalen um 4 %. Das ist einzigartig in Europa. Das müssen Sie sich einmal vor Augen halten.

Das ist Teil einer Entwicklung der weiteren Prekariisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesem Lande Nordrhein-Westfalen. Dagegen etwas zu tun, das ist nicht nur die alltägliche Arbeit, die im Arbeitsministerium geleistet werden muss – da mit Sicherheit auch –, sondern gegen diese Entwicklung muss auch im Einzelplan des Arbeitsministeriums vorgegangen werden. Das ist das Kriterium, an dem wir diesen Einzelplan messen.

Nach wie vor arbeiten in NRW etwa 180.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Nur die damalige Deregulierungspolitik von SPD und Grünen auf Bundesebene konnte dies ermöglichen. Nun ist es in der Tat ihre Verantwortung – ich freue mich, dass sie wenigstens partiell wahrgenommen wird –, sich dem zumindest auf Landesebene entsprechend ihrer Wahlkampfversprechen entgegenzustellen.

Leider haben Sie, Herr Minister Schneider, bislang trotz der Kleinen Anfrage, die wir gestellt haben, und der angekündigten Vorlage nicht dargelegt, wie viele von diesen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern im Landesdienst tätig sind und wie viele Sie durch regulär Beschäftigte ersetzen könnten. Das geht logischerweise auch nicht aus diesem Einzelplan hervor. Es wird Zeit, dass Sie diesen Nachweis vorlegen, damit endlich die prekäre Beschäftigung im Landesdienst ein Ende hat. Darauf können wir als Politik zumindest Einfluss nehmen.

(Beifall von der LINKEN)

Hier sind schnelle Entscheidungen gefragt und nicht ein weiteres Aussitzen. Die Menschen brauchen endlich gute Arbeit, werte Kolleginnen und Kollegen. Sorgen Sie dafür, dass das Land und die Kommunen zu vorbildlichen Arbeitgebern werden! Das haben wir hier im Landtag in unserer Hand.

(Beifall von der LINKEN)

In dieser Frage, Herr Minister, bleiben Sie leider hinter den Erwartungen zurück, die wir haben. In einer Reihe von Punkten bleiben Sie aber auch hinter den Erwartungen Ihrer ehemaligen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen des DGB zurück. Die Stel-

lungnahme des DGB zum Haushalt sieht jedenfalls anders aus als ein Loblied auf die Landesregierung, insbesondere auf Ihr Ressort. Zwei Kritikpunkte möchte ich hervorheben.

Der erste Bereich ist der der Ausbildung. Noch in der letzten Ausschusssitzung habe ich Sie gefragt, ob Sie die Konzepte des DGB für eine Ausbildungsgarantie kennen – mit Sicherheit kennen Sie diese –, aber auch umsetzen möchten. Jedem Auszubildenden, der einen Ausbildungsplatz möchte und keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommt, sollte eine schulische Ausbildung angeboten werden. Sie haben damals geantwortet, dass das im Prinzip schon so sei. Ich sage Ihnen aber deutlich, dass der DGB gerade das moniert und sagt, dass das umgesetzt werden muss. Da gibt es einen deutlichen Nachbesserungsbedarf.

(Beifall von der LINKEN)

Wörtlich schreibt der DGB – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Ohne ein Angebot an partnerschaftlicher/außerbetrieblicher Ausbildung, finanziert über das Land, kann die von Rot/Grün im Koalitionsvertrag versprochene Ausbildungsgarantie nicht umgesetzt werden. Eine Schwerpunktsetzung in der Haushaltsplanung zu Gunsten dieses Zieles ist nicht erkennbar.“

Und Sie wollen doch jetzt wohl nicht die viel zu niedrigen 2 Millionen € für die Förderung und Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten tatsächlich als Schwerpunktsetzung bezeichnen, gerade auch weil die EU-Mittel zur Finanzierung von Förderungen im Rahmen des Leitthemas „Jugend und Berufsausbildung“ um über 5,6 Millionen € zurückgehen.

Herr Minister Schneider – ich spreche Sie konkret an –, im Sommer 2011 werden wieder viele junge Menschen die Schulen in NRW verlassen. Mehr als ein Jahr nach Beginn Ihrer Amtszeit dürfen Sie es nicht zulassen, dass wie in jedem Jahr diverse Schülerinnen und Schüler mit einem Misserfolgserlebnis in das Berufsleben einsteigen. Dieser Start hat langfristige Folgen, die auch in der viel zitierten Prognosestudie, die wir ja auch im Ausschuss angesprochen haben, angedeutet werden. Für uns geht es aber nicht nur um die sozialen Folgekosten – das muss man deutlich sagen –, sondern insbesondere geht es hier um die Lebensrealität der jungen Menschen, für die wir Politik machen wollen. Das ist vor allem maßgeblich.

(Beifall von der LINKEN)

Damit komme ich zu dem zweiten wesentlichen Kritikpunkt. Wie bereits erwähnt, kritisiert auch der Deutsche Gewerkschaftsbund die mangelnde Schwerpunktsetzung bei den Maßnahmen Ihres Ministeriums. Diese Schwerpunktsetzung ist schon deshalb nicht zu erkennen, weil der größte Teil der Arbeitsmarktpolitik in NRW aus Mitteln des Europäi-

schen Sozialfonds bestritten wird, aber eine Zuordnung der Mittel für einzelne Maßnahmen nicht erkennbar ist. Es wird aus dem Haushaltsplan und dem Erläuterungsband nicht ersichtlich, wie viel Geld beispielsweise in das Werkstattjahr, das wir durchaus kritisieren, weil es eigentlich nur eine Parkmöglichkeit für die Jugendlichen ist und mehr nicht, wie viel Geld in das Projekt „STARTKLAR!“ und wie viel Geld in die Verbundförderung für Ausbildungsplätze fließt. Durch diese Intransparenz fördern Sie den bereits jetzt auch von Ihnen selbst dargestellten Wildwuchs an Maßnahmen und Modellen. Ich fordere Sie auf, den Haushaltsplan so zu gestalten, dass konkrete Änderungsanträge möglich sind und dass die Förderung ausschließlich in sinnvolle Projekte gesteckt wird.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu dem Arbeitsschutz sagen. Ich habe ja eingangs schon erwähnt, was ich von der Auffassung von FDP und CDU halte, die dazu etwas gesagt haben. Wir alle wissen, dass die Vorgängerregierung den Arbeitsschutz ausgeblutet hat.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Die Arbeitsschutzverwaltung kann die anfallenden Aufgaben nicht mehr erfüllen und braucht dringend eine signifikante Personalaufstockung. Der DGB fordert in seiner Stellungnahme mindestens 250 bis 300 neue qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist das Minimum, das wir hier in Nordrhein-Westfalen im Arbeitsschutz brauchen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir unterstützen das. Wir sind voll bei Ihnen, wenn Sie das durchsetzen. Wir werden dies in den nächsten Monaten weiterhin politisch aufgreifen und entsprechende Initiativen einbringen.

Wir sind der Meinung, dass die Situation der erwerbstätigen Menschen in NRW einen wesentlich besseren Haushaltsplan erfordert hätte. Sie sind nicht nur hinter unseren Ansprüchen, sondern meiner Meinung nach auch hinter den Ansprüchen Ihres eigenen Koalitionsvertrages zurückgeblieben. Ich fordere Sie auf: Machen Sie den versprochenen Politikwechsel wahr. Reden Sie nicht nur darüber, handeln Sie weiter! Es sind Schritte in die richtige Richtung, aber es ist nicht ausreichend. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen

und Herren! Herr Zimmermann, vielleicht gibt es eine strukturelle Ursache dafür, dass die Gewerkschaften, wenn sie es mit einem Arbeitsminister zu tun haben, der aus ihren Reihen kommt, besonders kritisch hinschauen. Vielleicht hat das Ganze auch mit einer gewissen Hassliebe zu tun. Ich will das aber an dieser Stelle nicht vertiefen.

Ich will Ihnen nur sagen: Wenn Sie realistisch hinschauen, dann werden Sie die Unterschiede zur Vorgängerregierung in meiner Politik erkennen. Dann werden Sie auch zumindest Ansätze für das erkennen, was wir Politikwechsel nennen. Wir werden nicht das, was in fünf Jahren falsch gelaufen ist, in zwölf Monaten reparieren können, zumal – das wissen Sie auch; ich hoffe jedenfalls, dass Sie es wissen – die finanziellen Spielräume für eine Umkehrung von Politik arg begrenzt sind. Diese sind aber in jeder seriösen Politik zu berücksichtigen, die nicht nur appellhaften Charakter und Symbolik beinhalten soll.

Ich will zu einigen Punkten meiner verehrten Vorredner Stellung nehmen.

Erstens. Natürlich geht das – ich habe es eben schon gesagt –, was wir bisher vorgelegt haben, nicht in vollem Umfang von dem aus, was in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben worden ist. Die Koalitionsvereinbarung, Herr Preuß, ist ein Programm für fünf Jahre. Seien Sie sicher: Am Ende dieser fünf Jahre wird jeder Punkt abgearbeitet sein. Im Übrigen gilt in diesem Zusammenhang auch: Seriosität und Ernsthaftigkeit gehen vor Geschwindigkeit. Sie werden uns nicht zu Getriebenen machen. Ganz im Gegenteil: Wir werden weiterhin sehr genau überlegen, was wir tun.

Ich sprach eben schon von den finanziellen Möglichkeiten. Sie reden immer von Schwerpunktsetzungen, aber kommen nie mit eigenen Vorstellungen. Ich hätte mich gefreut, wenn die starke CDU NRW einmal zu Frau von der Leyen gegangen wäre und darauf hingewiesen hätte, dass die Einsparung von 1,3 Milliarden € in der Arbeitsförderung kontraproduktiv ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn Sie einmal in Berlin Ihr Wort erhoben hätten, als das Programm „Soziale Stadt“ zusammengestrichen worden ist.

(Beifall von der SPD)

Das tut uns sehr weh, auch in der Integrationspolitik. Ich habe dazu von Ihnen nichts gehört.

Wenn Sie über die Arbeitslosenzentren herziehen, muss ich Ihnen sagen, dass es nicht um Doppelstrukturen geht. Man kann sich doch nicht über die Arge bei der Arge beschweren. Was denken Sie wohl, was das für Menschen sind? Die sind in einer sozialen Notsituation. Sie wollen ihnen jede Möglichkeit nehmen, sich zu wehren. Deshalb war es

der erste Schritt meiner Tätigkeit, diese Ungerechtigkeit zurückzunehmen. Das haben wir auch gemacht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen, Karl-Josef Laumann ist nicht mehr bei uns

(Rüdiger Sagel [LINKE] lacht.)

– ich habe es anders gemeint als Sie, Herr Abgeordneter –, wenn Sie in Ihren Einsparvorschlägen die Streichung der Arbeitslosenzentren vorsehen, dann übersehen Sie, dass Mittel des Europäischen Sozialfonds eingesetzt worden sind. Auch das ist bei den Einsparungen wieder eine Luftnummer gewesen. Sie wollen den Menschen grobes Salz ins Auge streuen. Das wird nicht aufgehen.

Natürlich freuen wir uns, dass die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Seit Anfang dieses Jahres ist die Zahl um 6 % gesunken. Aber die Qualität der Arbeitsplätze, die neu hinzugekommen sind, die natürlich sozialversicherungspflichtig sind, lässt sehr zu wünschen übrig. Über die Hälfte ist angesiedelt in der Leiharbeit. Wir haben ein Programm zur Neuregulierung der Leiharbeit vorgelegt. Wo ist Ihre Zustimmung hierzu? Nichts davon! Sprechen Sie doch einmal mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden. In anderer Rolle, nämlich als CDA-Vorsitzender, sagt er die Wahrheit. Wahrheit in diesen Zusammenhängen muss auch einmal in diesen Plenarsaal einziehen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Genauso ist es mit dem Mindestlohn. Laumann stellt sich auf einer CDA-Konferenz hin und sagt: Jawohl, der Mindestlohn muss kommen. – Sagen Sie das doch hier einmal!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Machen Sie doch hier einmal in einer gemeinsamen Antragstellung deutlich, dass wir um einen Mindestlohn nicht herumkommen.

So kann ich fortfahren. Stichwort „Befristungen“: Dass Herr Hafke an die Eigenverantwortung der Menschen appelliert, ist mir schon klar. Das tun die Liberalen an jeder Ecke. Jetzt nehmen Sie einmal einen jungen Mann oder eine junge Frau, 20 Jahre alt, gerade ausgelernt, die sich von einer Befristung zur anderen hangeln. Wo soll denn da, bei einem Einkommen etwas über dem Mindestlohn, die Selbstverantwortung beginnen? Das ist doch reine Ideologie.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Selbstverantwortung kann man erst üben, wenn man die materiellen Voraussetzungen dafür hat. Ansonsten ist das Schall und Rauch.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es tut mir sehr gut, Herr Preuß, dass Sie mich zumindest einmal aus Ihrer Kritik ausgenommen und auf die letzte Ausschusssitzung verwiesen haben. In der Tat werden wir das Übergangssystem von der Schule in den Beruf reformieren. Wir wollen über diesen Weg Warteschleifen auflösen. Mittlerweile sind 100.000 junge Menschen in NRW in Warteschleifen. Wir wollen das Geld, das über diesen Weg freigesetzt wird, in der beruflichen Qualifizierung, in vielfältigen Maßnahmen, auch zur Bewältigung des in einigen Branchen vorhandenen Fachkräftemangels, nutzen.

Wir haben keinen flächendeckenden Fachkräftemangel. Fragen Sie einmal Herrn Maier-Hunke, den Präsidenten von Unternehmer NRW! Der wird Ihnen das bestätigen. Wir müssen jetzt aber anfangen, einen möglichen Fachkräftemangel zu bekämpfen. Deshalb gibt es auch dieses neue Übergangssystem, das wir in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung erstellt haben.

Im Übrigen hat die Bertelsmann-Stiftung die vorbeugende Finanzpolitik des Landes NRW nachdrücklich gelobt – auch eine Auszeichnung, so denke ich; in der Stiftung sitzen ja auch Menschen, die ein Stück weit nachdenken können.

Machen Sie sich keine Gedanken über den Ausbildungskonsens: Der ist seit fast 20 Jahren erprobt, und die Partner im Ausbildungskonsens wissen schon, was sie daran haben. Er unterscheidet sich ganz maßgeblich von dem, was man in Berlin „Ausbildungspakt“ nennt – da setzt man Zahlen an, die zu erreichen sind, wo aber jeder Mensch schon im Vorhinein weiß, dass sie erreicht werden, weil sie so niedrig sind; und dann ist wieder alles in Ordnung.

Wir machen uns hier mehr Arbeit und mehr Mühe und haben bis jetzt wirklich vorzeigbare Ergebnisse erzielt. Der Einbruch auf dem Ausbildungsmarkt ist auch durch unseren Konsens in der Zeit der Krise ausgeblieben – ein großer Erfolg. Davon ausgehend können wir jetzt aufbauen und unsere jungen Leute mit Ausbildungsplätzen versorgen.

Natürlich ist es unser Ziel, niemanden zurückzulassen. Und in der Tat bevorzugen wir das duale System mit Ausbildung im Unternehmen und im berufsbildenden Schulwesen, das ist das beste Ausbildungssystem der Welt; das macht auch unsere exportorientierte Wirtschaft so stark. Wir werden weiterhin Berufsausbildung über freie Träger fördern und wir werden auch im berufsbildenden Schulwesen Berufsausbildung betreiben, wenn notwendig. Es ist selbstverständlich, dass diese drei Ebenen erhalten bleiben.

Noch ein Wort zu den Themen „Frauenförderung“ und „Jugend“. Ich weiß nicht, ob Sie richtig gelesen haben: Wir haben ein Programm zur Teilzeitberufsausbildung, von dem überwiegend Frauen partizipieren. 540 Frauen werden in diesem Jahr über dieses Programm öffentlich gefördert. Außerdem

haben wir den Bildungsscheck für Wiedereinsteigerinnen. Es gibt also auch für Frauen vielfältige Möglichkeiten, den Weg zurück in die Erwerbstätigkeit zu finden. Ähnlich sieht es bei jungen Leuten aus: Der Rückgang bei „Jugend und Beruf“ ist darauf zurückzuführen, dass die BA einen Teil der bisher vom Land zu übernehmenden Kosten jetzt mitfinanziert.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Arbeitspolitik in diesem Lande ist in guten Händen. Kritisiert werden kann immer, und alles ist ein Stück weit zu wenig – aber alle sollten sich überlegen, wo denn angesichts der politischen Verhältnisse die Alternativen liegen. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Das bleibt auch so. Damit können wir die Aussprache zum Teilbereich „Arbeit und berufliche Weiterbildung“ aus dem Einzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales schließen.

Ich rufe auf die Aussprache zum

Teilbereich Integration

und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Kollegen Solf das Wort.

Michael Solf (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! „Man muss dem Integrationsminister zugestehen, dass er sich in der Frage, wie unsere Zuwanderungsgesellschaft gestaltet wird, sehr stark engagiert. Man kann feststellen, dass er sich sehr intensiv in die Debatten einbringt.“

(Beifall von Serdar Yüksel [SPD])

Dieser Satz, liebe Kolleginnen und Kollegen, stammt nicht von mir – ich zitierte eben Frau Asch, die damit ihre Rede am 2. Dezember 2009 zum schwarz-gelben Haushalt 2010 einleitete.

Obwohl ich mich wie immer um Milde bemühe, kann ich meine Rede leider nicht mit einem solchen Satz zu diesem Haushalt beginnen.

(Zuruf von der SPD: Schade!)

So hat der Integrationsbereich bei dem jetzigen Minister Schneider bei Weitem nicht den Stellenwert, den er beim früheren Amtsinhaber Armin Laschet, bundesweit anerkannt von der „Süddeutschen Zeitung“ bis hin zu den „Kieler Nachrichten“, genießen durfte. Da war Integrationspolitik noch spannend und wurde vorurteilslos und ergebnisoffen im echten Dialog mit den Akteuren geführt.

Heute aber wird dieser in Zukunft so wichtige Bereich mehr oder minder nebenbei verwaltet. Das stellt man an verschiedenen Punkten fest: So ist auf der Internetseite des Ministeriums als erster Eintrag unter „Aktuelles“ im Integrationsbereich die Zuwanderungsstatistik 2009 zu finden. Und unter „Berichte“ findet sich der Integrationsbericht von Armin Laschet. – Sie sehen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es sind die kleinen Dinge, die Aufschluss über das Ganze geben.

Bis auf eine von ihm so genannte „Integrationstour 2010“ mit vier Vor-Ort-Terminen und einem einzigen Besuch im Integrationsausschuss habe ich von Ihnen, sehr geehrter Herr Minister Schneider, seit der Wahl im Mai 2010 noch nicht viel gesehen und bis auf das ständige Lamentieren über den Bund noch weniger gehört.

Der Haushaltsentwurf zeigt auf, dass die Minderheitsregierung die Stelle des Integrationsbeauftragten abgeschafft und dafür Frau Kaykin zu einer Stelle als Staatssekretärin verholten hat – nun gut, das kann man so wollen. Die zwei Stellen, die zuvor dem Integrationsbeauftragten zur Seite gestellt waren, haben Sie verstetigt – das kann man auch wollen. Aufhorchen lässt aber der begleitende Hinweis im Ausschuss, als wir das Thema „Haushalt“ debattierten, dass die Verstetigung dieser Stellen notwendig gewesen sei, weil das Personal des ehemaligen Laschet-Ministeriums nicht in das MAIS übergegangen sei.

Da kann ich nur entgegnen, dass diese Situation nie eingetreten wäre, wenn diese Landesregierung das MGFFI nicht zerschlagen hätte. Sie sehen also auch hier, wie wenig zielführend es war, das Laschet-Ministerium zu zerschlagen und den Integrationsbereich zu einem Anhängsel von Arbeit und Soziales zu machen.

Lassen wir einmal dahingestellt, ob das Gespann Schneider-Kaykin inhaltlich mehr Wirkung entfaltet als das Gespann Laschet-Kufen.

(Zuruf: Auf jeden Fall!)

Dies diskutiert man genüsslich in der Szene. Den Steuerzahler kommt die Aktion bestimmt nicht günstiger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Suche nach guten Entwicklungen muss man den Blick über das Ministerium hinaus wagen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Solf, Frau Kollegin Asch würde Ihnen gerne eine Frage stellen.

Michael Solf (CDU): Tun Sie das. Bitte, gerne.

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Solf, Sie haben mich eben mit einer Rede aus der letzten

Legislaturperiode zitiert. Haben Sie auch einmal andere Reden von mir durchgelesen, in denen ich dem damaligen Integrationsminister Laschet sagte, dass er das Thema gut in der Öffentlichkeit platziert, wie Sie es eben zitiert haben, er aber keine konkreten Taten folgen lässt und man keine konkrete Umsetzung der schönen Worte in der Integrationspolitik feststellen kann?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Michael Solf (CDU): Liebe Kollegin Asch, weil ich so milde gestimmt bin, habe ich von Ihren Äußerungen, die zugegebenermaßen manchmal von einem sehr herben Charme geprägt sind, nur die freundlichen genommen.

Ich möchte einen Blick über das Ministerium hinaus wagen. Hierzu gehören ganz sicher die 27 Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Die RAA setze ich ganz hoch an. Sie bieten gute Maßnahmen im Elementar- und Schulbereich sowie beim Übergang vom Schul- ins Berufsleben an. Insofern begrüße ich die von Armin Laschet bereits im letzten Jahr angekündigte Aufstockung dieses Ansatzes.

Ich komme nun zu dem so wichtigen KOMM-IN-Programm. Es verbessert die Infrastruktur in den Kommunen und fördert so die kommunale Integrationsarbeit. Aus diesem Grund haben wir das Programm in der vergangenen Legislaturperiode auf über 14 Millionen € aufgestockt. Es freut mich, dass die Zuschüsse des Landes in gleicher Höhe erhalten bleiben.

Sie wollen außerdem für 50.000 € ein Elternnetzwerk mit vielen einzelnen Zielsetzungen schaffen. Damit, wie das geschehen soll, lasse ich mich gerne positiv überraschen. Das sage ich ganz ergebnisoffen.

Am Schluss meiner Rede will ich noch einmal auf die geschätzte Kollegin Andrea Asch zurückkommen. Als Armin Laschet den Haushaltsansatz aufgrund geringerer gesetzlicher Pflichtaufgaben reduzierte, warf sie ihm Schwäche vor, da er es nicht geschafft habe, diese Mittel für den Integrationsbereich zu erhalten.

Herr Minister Schneider macht nun genau das Gleiche. Er reduziert den Ansatz beim Landesaufnahmegesetz und reduziert dadurch den Ansatz für den Integrationsbereich.

Für mich ist das ein nachvollziehbarer Weg. Ich war damals mit Blick auf die Konsolidierung für einen stabilen Haushalt. Ich bin es heute immer noch. Mich bewegt aber ganz freundlich und ohne jeden bösen Hintergedanken die Frage, ob die Grünen heute bei ihrer damals geäußerten Kritik bleiben oder ob sie dasselbe, was sie vor einem Jahr so abgrundtief verdammt, nun himmelhoch jauch-

zend befürworten. Dann wären Haushaltsberatungen nur Ritualtänze. – Ich danke für Ihr Zuhören.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bernhard von Grünberg.

Bernhard von Grünberg (SPD): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich immer über die Reden von Herrn Solf. Von Herrn Laschet, von Herrn Laumann und von anderen Mitgliedern der CDU wird immer vorgetragen: Wir wollen im Integrationsbereich möglichst an einem Strang ziehen. – Gleichzeitig wird immer wieder personalisiert gesagt: Das ist aber ganz schlecht; Sie machen nichts. – Dann sagen Sie wieder: Wunderbar, Sie haben neue Ideen. Sie haben diese Ideen eingebracht und die Ansätze gehalten.

Vor ein oder zwei Wochen haben wir eine Diskussion über muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen geführt. Sie haben die Diskussion ebenso begonnen wie vorhin, nachher aber zugestimmt.

Ich kann immer nur hoffen, dass wir gerade in diesem Bereich eine möglichst einvernehmliche Regelung finden und uns nicht immer wieder vor den Kopf hauen und gegenseitig vorwerfen, der andere habe ohnehin nichts gemacht.

Wir sind in der positiven Situation, dass wir aufeinander aufbauen können. Alle Vorgängerregierungen haben schon viel geleistet. Wir können sicherlich stolz darauf sein, dass wir das Erreichte bei der jetzigen Haushaltssituation halten und ausbauen können.

Wir werden mehr für die RAA-Stellen geben. Wir geben unter anderem 50.000 € für die Elternarbeit. Wir werden im nächsten Jahr sicherlich die Mittel für die Auswirkungen beschließen, die das Integrations- und Teilhabegesetz mit sich bringen soll. Deswegen bauen wir aufeinander auf. Es gibt keinen Grund zur Häme.

Heute ist eine Presseberichterstattung des Instituts für Migration und Zuwanderung erschienen. Ich bitte Sie, diese zu beachten. Sie enthält sehr deutliche Mahnungen an die Politik, Zuwanderung und Migration in den Vordergrund der politischen Diskussion zu stellen. Weiter heißt es dort, dass wir eine Rundenerneuerung der Integrationspolitik brauchen. Da steht ferner zu lesen, wir sind leider kein Zuwanderungsland mehr, sondern ein Auswanderungsland. Seit 1994 sind 500.000 Menschen mehr ausgewandert als zugewandert. Gerade gut qualifizierte Personen wandern aus, weil sie in Deutschland keine Perspektive mehr sehen.

Das ist zum Beispiel aufgrund von Diskussionen der Fall, wie sie vonseiten der Politik und natürlich auch

von Herrn Sarrazin ausgegangen sind. Sie haben immer wieder mit den Ängsten der Bevölkerung gearbeitet. Das führt immer wieder zu einem Stopp und zur Produktion von Ängsten.

Das Gutachten belegt sehr deutlich: Die Menschen haben gar keine Angst. 70% der Bevölkerung sagen, wir brauchen Zuwanderung. 50% der Leute bekunden, sie möchten mehr für Flüchtlinge und Asylbewerber tun. – Hier hingegen wird immer wieder vorgetragen, es handle sich um tabuisierte Bereiche, an die man nicht herangehen wolle, vor denen man Angst habe. – Das ist alles Unsinn und wird von der Mehrheit der Bevölkerung gar nicht getragen. Diese entscheidenden Aussagen müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Wir müssen die dramatische Situation sehen. Wir sind ein Land, das die Menschen verlassen statt zuzuwandern. Dies ist trotz des massiven Generationenproblems der Fall. Demnächst kommen massive Engpässe bei der Suche nach Auszubildenden hinzu. Deswegen ist es so wichtig, dies in den Vordergrund zu stellen.

Wir sind mit diesem Haushaltsansatz und mit dem Integrations- und Teilhabegesetz auf einem guten Weg. Ich appelliere noch einmal an Sie: Versuchen Sie an einem Strang zu ziehen. Versuchen Sie nicht, die Menschen sich gegenseitig madig zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sprechen wir über einen Etat, der mit Ausgaben in Höhe von 18 Millionen € im Vergleich zu den anderen Etats eher klein ausfällt. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe:

Der erste Grund ist, dass die Migrationspolitik nicht alleine von teuren Maßnahmen lebt. Integration kann man nicht für Geld kaufen. Dabei geht es vielmehr darum, strukturelle Hindernisse zu beseitigen, und um den zwischenmenschlichen Bereich, was in erster Linie kein Geld kostet, sondern vielmehr sogar Geld spart. Es geht darum, dass sich die Menschen mit ihrem Land und ihrer Stadt identifizieren können. Es geht um das Gefühl und den Wunsch, dazuzugehören.

(Michael Solf [CDU]: Richtig! – Rüdiger Sagemann [LINKE]: Auch Geld!)

Dafür braucht es in erster Linie kein Geld, sondern eine offene Gesellschaft, die Migration nicht als Last, sondern als Chance begreift. Und es bedarf einer Politik, die deutlich Signale dafür setzt, dass

die Menschen mit Migrationshintergrund Teil unseres Landes sind.

Der zweite Grund dafür, warum wir gerade über einen sehr kleinen Etat sprechen, besteht darin, dass Migrationspolitik eine Querschnittsaufgabe ist. Mittel zur Förderung von Integration finden sich nicht alleine im Integrationsministerium bei Minister Schneider. Eine ganze Reihe von Haushaltsansätzen findet sich auch im Kulturretat, im Jugendministerium oder im Frauenministerium.

Die meisten Mittel hat natürlich die Schulministerin, aus deren Etat 3.000 Stellen für Lehrkräfte bezahlt werden, die als Integrationshilfen in unseren Schulen tätig sind. Dazu kommen rund 900 Stellen für Lehrkräfte im muttersprachlichen Unterricht.

Es geht uns um die konsequente Förderung von Mehrsprachigkeit. Denn Mehrsprachigkeit ist ein Schatz, eine wichtige Ressource. Deswegen setzen wir hier auch einen Schwerpunkt.

Seit vielen Jahren leisten 27 Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien erfolgreiche Arbeit, wie Sie es ausgeführt haben, Herr Solf. 27 RAAs entsprechen der Hälfte der Städte und der Kreise Nordrhein-Westfalens. Was ist denn mit den anderen Städten? – Die rot-grüne Koalition will deswegen eine große Zahl von RAAs. Im Haushalt 2011 stehen vier neue RAAs.

Ich füge hinzu: Dabei kann es nicht bleiben. Unser Ziel muss es sein, dass in jedem Kreis und jeder Stadt Integration durch Bildung gefördert wird.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE] und von Michael Solf [CDU])

Integration durch Bildung klappt nur dann, wenn man dafür finanzielle Mittel bereitstellt. Letztlich spart das sogar Geld, denn die Kosten der Nichtintegration sind am Ende des Tages höher als die Bildungsinvestitionen.

Der zweite Akzent, den die rot-grüne Landesregierung setzt, wird die Stärkung der Elternarbeit sein. Bildung fängt nämlich nicht in der Kita oder in der Schule an, sondern schon zu Hause. Viele Eltern mit Migrationshintergrund sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert und wissen selbst nicht genau, welche Art von Untersuchung ihre Kinder brauchen. Es gibt eine Reihe guter Ansätze, diese Probleme in den Griff zu bekommen.

Die Stärkung der Elternselbsthilfe ist einer dieser guten Ansätze. Hier ist es ähnlich wie bei den RAAs: Da muss „Butter bei die Fisch“,! – Sonst kann es nicht klappen. Genau das machen wir.

Zum Abschluss möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der uns Grünen sehr, sehr wichtig ist. Dabei geht es um die Bekämpfung von Rassismus, von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung.

Natürlich ist es wichtig, von zugewanderten Personen Engagement für ihre eigene Integration zu verlangen.

Aber es gibt eben auch ein Problem bei Teilen der Mehrheitsgesellschaft. Dabei geht es um die Menschen, die Zuwanderung als Last verstehen und Aussagen wie folgender zustimmen – ich zitiere –: „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“ – Was meinen Sie, wie viel Prozent von 2.000 vom Bielefelder Gewaltforschungsinstitut befragten Personen dieser Aussage zustimmen? – Es waren 38,9 %, also fast 40 %!

Professor Heitmeyer, der Leiter des Instituts, zieht aus seiner Untersuchung „Deutsche Zustände“ den Schluss, dass Islamfeindlichkeit in der politischen Mitte angekommen ist. Deswegen muss eine gute und umfassende Integrationspolitik künftig beide Teile unserer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft stärker in den Blick nehmen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Sie achten bitte auf Ihre Redezeit.

Arif Ünal (GRÜNE): Es gibt dafür im Haushalt eine Reihe von Fördermöglichkeiten, die wir stärker auf die Bekämpfung von Diskriminierung ausrichten müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die FDP-Landtagsfraktion ist Integration eine gesamtgesellschaftliche Kernaufgabe, die das Gemeinsame unterschiedlicher Menschen betont und dadurch ein friedliches und respektvolles Miteinander auf Basis der von allen getragenen demokratischen Werte- und Rechtsordnung fördert.

Für mehr als jeden fünften Einwohner Nordrhein-Westfalens ist Migration Teil der eigenen oder familiären Identität. Dies macht deutlich, dass Zuwanderung und Integration keine Randthemen sind. Die Integration der Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen ist eine der zentralen Aufgaben von Landespolitik. Sie ist ein Querschnittsthema, das viele Bereiche umfasst.

Nordrhein-Westfalen ist schon lange ein Einwanderungsland. Das hat Politik viel zu lange vernachlässigt. In den vergangenen Jahren ist das Thema in Nordrhein-Westfalen immer stärker aufgegriffen und ins Handlungsfeld der politischen Akteure gerückt worden.

Die letzten Jahre haben es gezeigt: Viel Gutes wurde erreicht und wird nun fortgeführt und weiterentwickelt. Themen wie Islamischer Religionsunterricht oder etwa auch die Erleichterung der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen, die wir im Plenum schon debattiert haben, sind hierfür gute Beispiele.

Beim Blick in den Haushalt für den Bereich „Integration“, der nun im Einzelplan 11 untergebracht ist, kann man feststellen, dass Sie vieles von dem, was unter liberaler Regierungsbeteiligung begonnen wurde, fortführen wollen. Das ist richtig und zeigt, dass Sie trotz manches Einwands durchaus anerkennen, dass wir da viel Richtiges gemacht haben.

Das Finanzvolumen für den Bereich „Integration“ beträgt 17,8 Millionen €. Im Vergleich zum Vorjahr wird der Ansatz, weil der Erstattungsbedarf nach dem Landesaufnahmegesetz um 1 Million € geringer ausfällt, um diese 1 Million € abgesehen. – Das ist richtig, aber – Sie erlauben mir den Hinweis – mit Blick auf den Gesamthaushalt auch erstaunlich. Sie nutzen diese Nichtinanspruchnahme für Einsparungen. Hier zeigen Sie uns, dass es tatsächlich geht.

Vor allem die Institutionen, die sich bewährt haben, die die Zusammenarbeit des Landes mit Migranten-selbstorganisationen und die Unterstützung von integrationspolitischen Einrichtungen von landesweiter Bedeutung betreffen, werden weiterhin gefördert, zum Beispiel der Landesintegrationsrat, der Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen oder Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung. Das halten wir ebenfalls für sinnvoll.

Zudem werden hier die Integrationsagenturen weiter unterstützt, und auch die Zuschüsse für Unterstützung der Infrastruktur auf kommunaler Ebene – Stichwort: „KOMM-IN „ – bleiben gleich.

Bei aller Übereinstimmung möchte ich aber schon meine Verwunderung darüber ausdrücken, dass in Minister Schneiders Haus eine zweite Staatssekretärin eingezogen ist, die dem Thema „Integration“ mehr Gewicht verleihen soll. Die Mittel für den Integrationsbeauftragten wurden zeitgleich gestrichen. Im selben Atemzug wurde das Thema „Integration“ in einen Unterausschuss quasi verbannt. In dem neuen Unterausschuss wird außer zu Anhörungen nicht protokolliert. Zudem hat der Minister von fünf Sitzungen nur eine Sitzung wahrgenommen. Das sind Widersprüche, die man hier auch offen ansprechen muss.

(Beifall von der FDP)

Nun sind im Haushalt des Integrationsministers nicht nur Mittel für eine weitere Staatssekretärin vorgesehen, sondern auch für einen neuen integrationspolitischen Bürgerservice für 280.000 €. Jetzt haben wir einmal die Staatssekretärin, die dem Thema nach außen hin mehr Bedeutung geben soll. Dann braucht die Integrationsstaatssekretärin zur

Unterstützung noch einen Bürgerservice. Vielleicht könnten Sie das einmal erläutern. Denn es geht hier letztendlich um 280.000 €.

Ich frage mich: Warum investieren Sie diese Mittel für den integrationspolitischen Bürgerservice nicht in die schon etablierten Institutionen in diesem Bereich, und welche Aufgaben soll der Bürgerservice überhaupt konkret übernehmen? Darüber lassen Sie das Parlament bislang noch im Unklaren.

Wie Sie sehen, stimmen wir in vielem überein. Wir werden dabei aber nicht vergessen, Sie auch kritisch zu begleiten. Wir sind gespannt, wann Sie auf Ihre großen Worte Taten folgen lassen. Ich glaube, der erste Bereich kann demnächst vielleicht anstehen. Das Thema „Integrationsgesetz“ war ja heute schon – zumindest vonseiten der FDP-Fraktion – ein entsprechender Aufschlag.

Sie können sich darauf verlassen, dass die FDP darauf achten wird, dass Nordrhein-Westfalen seine Vorreiterrolle in der Integrationspolitik nicht verliert. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir diesbezüglich parteiübergreifend alle das gleiche Ziel verfolgen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Kollege Atalan.

Ali Atalan (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst sollte man es natürlich positiv bewerten, dass die Landesregierung offenbar nicht beabsichtigt, ausgerechnet bei der Integration der Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen einzusparen.

Ähnlich wie zum Beispiel bei der Kinder- und Jugendarbeit wären auch hier, meine Damen und Herren, die Folgekosten in der Zukunft ungleich höher als das, was man jetzt aus dem Haushalt herausradieren könnte.

Positiv ist auch, dass beispielsweise die RAAs – Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien – und die Elternnetzwerke weiter ausgebaut werden. Denn die Unterstützung von migrantischen Eltern und Kindern, gerade auf dem Feld der Bildung, ist absolut notwendig, richtig und wichtig, und das nicht einmal aufgrund einer angeblichen Bildungsferne von Migranten und Migrantinnen, sondern weil die Strukturen in vielen Schulen, Kindertagesstätten und Behörden immer noch integrationsfeindlich und ausgrenzend sind.

Während die gesellschaftlichen Eliten in gewissen Talkshows gegen angebliche Integrationsverweigerer hetzen, kämpfen etliche Eltern, insbesondere die Mütter, gegen die Schulämter, damit ihre Kinder

nicht in Sonderschulen abgeschoben werden. Sie kämpfen darum, dass ihre Kinder wirklich gefördert werden, dass sie zum Beispiel Nachhilfeunterricht bekommen.

Die RAAs und Elternnetzwerke können diese Kämpfe unterstützen und gleichzeitig darauf hinarbeiten, dass es die jüngeren Geschwister dieser Kinder und nicht erst deren eigene Kinder einfacher haben werden.

(Beifall von der LINKEN)

Die Integration, meine Damen und Herren, ist nicht zum Nulltarif zu haben. Herr Kollege Ünal, die Integration ist zwar nicht mit Geld zu kaufen, sie ist aber auch nicht ohne ernsthafte finanzielle Unterstützung zu erreichen.

(Beifall von der LINKEN)

Darüber müssen wir uns im Klaren sein, denke ich. Das Land NRW muss unserer Meinung nach hier Geld in die Hand nehmen und kann nicht einfach auf die Zuständigkeit des Bundes verweisen, wenn es um wichtige Dinge wie zum Beispiel Integrationskurse geht. Wir finden es nach wie vor ausgesprochen wichtig, dass die Integrationskurse auch für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge angeboten werden.

(Beifall von der LINKEN – Beifall von Serdar Yüksel [SPD])

Für Integrationsangebote muss es kompetentes Fachpersonal geben, was auch heißt, dass man die Leute in diesem Bereich angemessen zu bezahlen hat.

Neben dem entsprechenden Personal müssen genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise für den Unterricht für Kinder in ihren Herkunftssprachen. Zurzeit wird beim herkunftssprachlichen Unterricht, meine Damen und Herren, nach dem Motto verfahren: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Wenn die veranschlagten Mittel dann ausgeschöpft sind, stehen Kinder und Eltern mit dem Wunsch nach herkunftssprachlichem Unterricht auf dem Schlauch. Hierzu muss, meine Damen und Herren, ein Rechtsanspruch geschaffen werden. Mehr Geld für Kinder und Jugendliche zu investieren ist allemal sinnvoller, als menschenverachtende Abschiebehaft und Abschiebungen zu finanzieren.

(Beifall von der SPD)

Wir hoffen sehr, dass mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW gute Projekte und Ansätze in der Integrationspolitik nachhaltig entwickelt werden. Wenn dieses Gesetz mehr sein soll als eine reine Absichtserklärung, wenn wir es mit interkultureller Öffnung wirklich ernst meinen, müssen wir bereit sein, die hierfür nötigen Gelder und Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von der LINKEN)

Denn die Schaffung der gleichberechtigten Teilhabe für alle ist die beste Investition in die Zukunft dieser Gesellschaft.

Im Kapitel Integration fällt jedoch eine Kürzung ins Auge, die zwar mit der zurückgegangenen Anzahl von Aussiedlern begründet wird, die wir aber dennoch problematisch finden. Wie Ihnen allen bekannt ist, versuchen derzeit Flüchtlinge aus Nordafrika, die Festung Europa zu überwinden. Länder wie Malta, Italien und Griechenland werden mit der Aufnahme dieser Flüchtlinge und der Bearbeitung von Asylgesuchen weitgehend allein gelassen. Auch NRW muss diese Länder durch die Aufnahme einer angemessenen Anzahl von Flüchtlingen unterstützen.

(Beifall von der LINKEN und von Bernhard von Grünberg [SPD])

Es sollte aber dann, wenn es soweit ist, nicht daran scheitern, dass das Geld für die Umsetzung dieses Vorhabens zu knapp bemessen ist, was hier leider der Fall ist.

Letzter Satz: Wenn wir in NRW von den Schutzsuchenden vielleicht nur 50 aufnehmen, weil unser Haushalt nicht mehr hergibt, wirkt das lächerlich und peinlich. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Atalan, bevor Sie gehen: Frau Kollegin Boeselager hätte Ihnen gerne eine Zwischenfrage gestellt. Möchten Sie die jetzt noch zulassen?

Ali Atalan (LINKE): Ja, gerne.

Ilka von Boeselager (CDU): Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie es nicht auch für sehr viel sinnvoller hielten, wenn die jetzt aus Tunesien kommenden Flüchtlinge in ihrem eigenen Land blieben, um mitzuhelfen, ihr Land demokratisch zu gestalten. Wäre es nicht sinnvoll, wenn wir dies durch Unterstützung für die Zukunft gewährleisten? Denn in der Regel flüchten die Leute, die über das nötige Know-how verfügen, das vielleicht demnächst im eigenen Land fehlt.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Den DDR-Flüchtlingen haben Sie das nicht gesagt! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten)

Ali Atalan (LINKE): Ich denke, dass es die beste Lösung ist, in den Herkunftsländern die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Menschen dort leben können. Das ist auch der Wunsch der Betroffenen. Ich glaube nicht, dass Menschen ihre Heimatländer freiwillig verlassen. Mit der Unterstützung der westlichen Mächte unterdrücken leider die dort Herrschenden ihre Bevölkerung. Die Voraussetzungen

müssen mit Unterstützung westlicher ziviler Organisationen und Initiativen geschaffen werden. Das wäre eine wünschenswerte Perspektive.

Das heißt aber nicht, dass man die Flüchtlinge zurückweist oder mit allen Mitteln verhindert, dass sie nach Europa hineinkommen. Wir sollten beides gleichzeitig machen: sowohl dort die Voraussetzungen schaffen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können, als auch die akut bedrohten und gefährdeten Menschen aufnehmen. Das eine schließt das andere nicht aus.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Atalan. – Für die Landesregierung Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Solf, ich habe es Ihnen schon mehrmals gesagt – das wird langsam zu einem Rollenspiel –: Herr Laschet war der erste Integrationsminister dieser Republik, und er hatte hinsichtlich seiner öffentlichen Wirkung den großen Vorteil, dass seine persönlichen Auffassungen teilweise diametral den Auffassungen seiner Partei gegenüberstanden.

(Beifall von Bernhard von Grünberg [SPD] und von Arif Ünal [GRÜNE])

Das ist für die Medien immer interessanter, als wenn ein Integrationsminister so mit den Vorstellungen seiner Partei übereinstimmt wie ich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen kann ich Ihnen gerne einmal Einblick in meinen Terminkalender ermöglichen. Sie werden dann sehen, wie viele Termine ich pro Woche zum Thema „Integration“ absolviere. Unsere Homepage ist sicher nicht immer die gepflegteste. Aber wenn Sie sehr genau hinschauen, soll das auch schon bei anderen Ministern etwa im Arbeitsministerium der Fall gewesen sein. Herr Kollege Laumann, ich finde da ganz merkwürdige Dinge.

(Lachen von Karl-Josef Laumann [CDU])

Wir sollten die Diskussion wohl nicht mehr auf diesem Niveau führen. Sorgen Sie dafür, dass Grundeinsichten der Integrationspolitik wie „Deutschland ist ein Einwanderungsland“, „Multikulti existiert“, „Der Islam gehört zu diesem Land“ endlich zum politischen Urschleim Ihrer Partei gehören!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann können wir weiter diskutieren. Ich weiß gar nicht, mit wem ich in Ihrer Partei diskutieren soll.

(Zuruf von der CDU)

– Manchmal sind Schlagworte in der politischen Diskussion auch sehr aufhellend.

Meine Damen und Herren, nach zehn Jahren Integrationsoffensive in diesem Landtag muss ich mich nicht näher über die Notwendigkeit einer erfolgreichen Integrationspolitik auslassen. Die Aufgabe meines Ministeriums besteht darin, die Koordination der Integrationspolitik der Landesregierung vorzunehmen und eigene Impulse zu setzen. Für diese Arbeit stehen uns insgesamt 17,8 Millionen € zur Verfügung, wenn dem Haushaltsplanentwurf gefolgt wird. Das ist mehr als 1 Million € weniger. Aber hier spielt die Kürzung von Programmen keine Rolle, sondern diese Million kann eingespart werden, weil weniger Menschen zu uns kommen und deshalb die Leistungen nach dem Landesaufnahmegesetz reduziert werden können.

Natürlich kann Integration nicht verordnet werden. Integration muss sich immer auf Organisationen und Institutionen stützen, die andererseits seitens des Landes gefördert werden, weil sie Förderung verdienen. Ich denke an das KOMM-IN-Programm, das wir mit 2,85 Millionen € finanzieren. Ich denke an die Integrationsagenturen, an die RAAs, auch an die Selbstorganisation der Migranten, die mit knapp 1,2 Millionen € unterstützt werden. Dies ist sehr wichtig. Einwanderer dürfen keine Objekte der Politik sein, sondern müssen als Subjekte integrierter Bestandteil alle Anstrengungen zur Integration sein.

Natürlich stehen wir in permanentem Austausch mit den politischen Parteien, mit den Kommunen, mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege. Dies findet im vorliegenden Haushaltsplanentwurf seinen Niederschlag.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Herr Hafke, zu Ihren Fragen: Der Bürgerservice ist nicht neu, sondern das ist das Personal, das beim Integrationsbeauftragten, Herrn Kufen, dem ich an dieser Stelle nochmals für seine Arbeit danken möchte, vorhanden war und das jetzt übernommen worden ist in das Ministerium. Es gibt also keine neuen Stellen. Wir sind sehr genügsam. Das Geld, das wir nicht haben, versuchen wir durch Kreativität und Fantasie in der Politik auszugleichen. Wenn man wenig materielle Möglichkeiten hat, muss man kreativer sein. In diesem Sinne setze ich weiterhin auf eine breite Übereinstimmung in der Integrationspolitik in diesem Hause.

Als Nächstes steht das Integrationsgesetz an. Hierzu habe ich heute Morgen mit der FDP-Fraktion aus meiner Sicht positive Gespräche geführt. Die werden jetzt mit allen Fraktionen fortgesetzt. Ich hoffe, dass wir am 1. Januar 2012 ein Teilhabe- und Integrationsgesetz in Kraft setzen können. Die auf dem Tisch liegenden Haushaltsdaten versprechen, dass wir zu diesem Ziel kommen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um knapp eine Minute überzogen hat. Ich frage, ob es weitere Wortmeldungen aus Reihen der Fraktionen gibt? – Das ist nicht der Fall. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Beratung zu dem Teilbereich „Integration“.

Ich rufe auf:

**Teilbereich
Soziales**

Hierfür darf ich als erstem Redner dem Kollegen Post für die Fraktion der CDU das Wort geben. Bitte schön, Herr Kollege.

Norbert Post (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines der politischen Leitmotive, das immer wieder genannt wird, ist, dass man arbeitet und gestaltet für die Zukunft unserer Kinder. Bei der Einbringung des Haushaltentwurfs in den Fachausschuss hat der Minister für den Sozialhaushalt der Bekämpfung von Kinderarmut als wichtiges Ziel eine sehr hohe Priorität beigegeben, ebenso dem Bereich Inklusion und der freien Wohlfahrtspflege. Schauen wir uns den Etat dazu einmal an.

Nachdem die CDU-Bundestagsfraktion in das SGB II die Teilhabe für Kinder eingebracht hat, reduziert sich die Aufgabe des Landes haushalterisch auf einen Rest. Das ist inzwischen bereinigt. Das ist in Ordnung so. Das Konzept „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ist ohnehin von Karl-Josef Laumann und der letzten CDU-Regierung aufgelegt worden. Auch für die Übernahme durch den Bund hat die Regierung Rüttgers sich entsprechend eingesetzt. Bei den weiteren Etatansätzen des Bereichs Soziales, wie für „Hilfe für Menschen mit Behinderungen“ und für Pflegebedürftige, sowie die Zuschüsse an Verbände werden die mit Mitteln weitestgehend überrollt. Also nichts Neues im Westen.

Beim Projekt Inklusion geht es zwar um eine Erhöhung um 1,5 Millionen €, die aber mit einem nicht näher beschriebenen Aktionsplan und einem Forschungsvorhaben begründet wird. Dazu kann man inhaltlich kaum etwas sagen, weil das uns nicht vorgestellt wurde. Ich hoffe, dass es überhaupt eine Zielvorstellung gibt. Bisher habe ich vom Minister auch bezüglich seiner Planung für die fünf Jahre dazu nichts gehört.

Für die Erhöhung zum Beispiel des Titels „Betreuungsvereine und Stärkung des Ehrenamtes“ wird vom wachsenden Bedarf gesprochen, der allerdings wenig konkretisiert wird. Hier geht es um neue Schwerpunktsetzungen. Es kann ja sein, dass Sie das wollen. Das mag auch aus Ihrer Sicht richtig

sein. Das Programm Wohnungsnotfälle scheint nach der Neuaufnahme durch die CDU-Regierung bei Ihnen auf volle Zustimmung zu stoßen, da Sie es nicht verändert haben.

Die Ansätze, die sich mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Modelvorhaben beschäftigen, sind eben leider noch recht vage. Da ist kein „Pack-an-dran“. Und ohne vorliegende Konzeptionen kann man die nur als global bezeichnen, sodass kaum konkret darüber zu befinden ist. Wir hoffen sehr, künftig noch einige Konkretisierungen über die Ansätze zu erfahren. Die haben Sie uns bisher tunlichst verschwiegen.

Wenn man nach der Diskussion über den Sozialhaushalt, besonders aber über die übrigen Haushalte, das erwähnte Prinzip „Sparen für die Zukunft unserer Kinder“ wieder in den Mittelpunkt rückt, dann erreicht dieser Haushalt in Gänze dieses Prinzip bei Weitem nicht. Er führt unsere Kinder in eine Zukunft der Verschuldung.

Übrigens, Herr Minister: Das Zitat „Sparen für die Zukunft unserer Kinder“ war die Überschrift der Einbringungsrede zum Haushalt 2002 von Peer Steinbrück,

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Da hat er sich geirrt!)

der dies damals als das Zielprinzip für die SPD nannte. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal davon gehört haben. Aber in den Haushalt eingebracht haben Sie es nicht, zumindest nicht in der Gänze.

Im Sozialhaushalt haben Sie keine nennenswerten Aspekte und Akzente gesetzt und nicht einmal Ihre eigene Zielvorstellung umsetzen können, da sie inzwischen von den Dingen überholt wurde, die im Bund geschehen sind. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Post. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Scheffler das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Michael Scheffler (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn der Kollege Post hier sagt, Sparen für die Zukunft unserer Kinder sei die Überschrift bei Peer Steinbrück gewesen, dann kann ich nur sagen: Auch Peer Steinbrück hätte sich mit seiner ganzen politischen Energie dagegen gewendet, dass in Berlin das Schuldenbeschleunigungsgesetz verabschiedet wurde, das Land und Kommunen finanziell geschwächt hat, und dass die Steuererleichterungen für Hoteliers eingeführt wurden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch das hätte Peer Steinbrück mit aller Macht, meine Damen und Herren, zu verhindern versucht. Das müssen Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen.

Meine Damen und Herren, nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und nach der Übernahme der Regierung durch Rot-Grün stelle ich fest: Der soziale Kompass in Nordrhein-Westfalen stimmt wieder. Damit unterscheiden wir uns in Nordrhein-Westfalen ganz klar

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

von dem schwarz-gelben Chaos in Berlin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will zugestehen, dass es auch in Nordrhein-Westfalen Menschen gibt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Deswegen wird unsere Politik auch darauf ausgerichtet sein, für sie ein uneingeschränktes Recht auf Teilhabe, Bildung und Gesundheit zu gewährleisten. Ich will zwei Beispiele nennen, die verdeutlichen, was ich damit meine.

Die rund 2,5 Millionen Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen erwarten zu Recht die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Das ist ein zentraler Schwerpunkt dieser Legislaturperiode. Und diese Legislaturperiode, meine Damen und Herren, geht noch fast über vier Jahre. Da haben wir noch eine ganze Menge Arbeit – ich hoffe, gemeinsam – vor uns. Wir haben das im Koalitionsvertrag auch festgeschrieben. Ich will es zitieren:

„Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ist der Maßstab für unsere, auf Nachhaltigkeit angelegte Behindertenpolitik. Die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu verwirklichen, ihre Gleichstellung durchzusetzen sowie ihre uneingeschränkte Teilhabe, individuelle Autonomie und Unabhängigkeit zu sichern, sind dabei die zentralen Elemente unserer politischen Zielsetzung.“

Meine Damen und Herren, auf dieser Grundlage wird der Aktionsplan der Landesregierung erarbeitet. Wir haben heute den Zwischenbericht erhalten. Uns ist sehr daran gelegen, dass im behindertenpolitischen Bereich der Konsens, der auch in der Schulpolitik zum Thema „Integration“ vorhanden war, künftig erhalten bleibt. Mir wäre sehr daran gelegen, wenn wir gemeinsam die Schritte gehen würden, die zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention notwendig sind. Wir haben im Haushalt zusätzlich 1,5 Millionen € für die gesellschaftliche Integration vorgesehen.

Wir haben uns weitere Ziele gesetzt, nämlich die Förderung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung in Integrationsunternehmen. Wir werden künftig auch weiterhin Mittel vorsehen für die Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Wir haben inzwischen in Nordrhein-Westfalen 104 Werkstätten, in denen rund 62.000 Plätze vorhanden sind.

Die Werkstätten müssen sich sicherlich den Herausforderungen der Zeit stellen. Ich bin mir aber sicher, dass sie auch künftig einen ganz wichtigen Beitrag dazu leisten werden, wie die Arbeitsplatzinfrastruktur für Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen aussieht.

Meine Damen und Herren, wir möchten auch mit unserer Bundespartei zusammen erreichen, dass die Eingliederungshilfe aus dem System der Sozialhilfe herausgelöst wird. Im SGB IX muss eine eigenständige einkommens- und vermögensunabhängige Leistung für soziale Teilhabe verankert werden. Es ist höchste Zeit, dass sich der Bund an dieser Leistung beteiligt, etwa in Form eines Bundesteilhabegeldes.

Ein zweites Beispiel will ich – die Redezeit ist knapp – kurz erwähnen. Das ist die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Wir sind uns alle darüber im Klaren, wie wichtig es ist, Ausgrenzung und Armut zu vermeiden. Es geht nicht darum, dass es Kinder gibt, die sich keine Markenjeans und keine Playstation erlauben können. Es fehlt häufig vielfach an den elementaren Dingen des Lebens. Nicht umsonst sind Tafeln und Kleiderkammern stark gefragt.

Meine Damen und Herren, wir haben auch hier im Haus die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabegesetzes der Bundesregierung diskutiert. Ich habe in der vergangenen Woche Sonntag in „Westpol“ gehört, dass der Kollege Post kritisiert hat, dass die Landesregierung noch nicht so weit ist, wie wir uns das vielleicht alle wünschen. Da muss er sich zum einen vorhalten lassen, dass das Gesetz erst Anfang April veröffentlicht worden ist. Er muss sich zum anderen auch vorhalten lassen, dass Frau von der Leyen als zuständige Ministerin in Berlin viel Zeit, seit Februar 2010, verplempert hat, indem sie über die Bildungschipkarte diskutiert hat, indem sie es versäumt hat, rechtzeitig Gespräche mit den Ländern und mit der kommunalen Familie darüber zu führen, wie denn dieses Bildungs- und Teilhabepaket, das das Bundesverfassungsgericht eingefordert hat, umgesetzt werden soll.

Ich glaube, meine Damen und Herren, hier hätte viel mehr getan werden können. Dann wären wir heute weiter und würden nicht Gefahr laufen, dass viele Familien nicht mehr in der Lage sind, bis 30.04. die notwendigen Anträge zu stellen, damit ihnen die Gelder nicht verlorengehen, die das Bildungs- und Teilhabepaket für die ersten Monate vorsieht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben auch große Sorgen, meine Damen und Herren, dass es im Rahmen der Arbeitsmarktreformen, die in Berlin auf der Agenda stehen, weitere Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung geben wird, weil hier, wenn man es plastisch sagt, der Hut rumgeht und jeder etwas hineintun muss.

Ich glaube, gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sind hier die verkehrten Ansätze.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wir haben Einschränkungen im Bereich der Jobperspektive zu befürchten. Auch das ist nicht gut. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn es um Kinder geht, stehen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen dafür, dass es eine eigenständige und bedingungslose Grundsicherung für Kinder gibt, damit wir nicht immer am Schräubchen drehen müssen, sondern damit wir einmal eine vernünftige materielle Sicherung und Zukunftsperspektive für unsere Kinder haben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Scheffler. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Asch das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Sozialpolitik gilt es, zwei große Herausforderungen zu meistern. Das sind zum einen die Gestaltung der inklusiven Gesellschaft und zum anderen die Armutsbekämpfung.

Zum ersten Punkt: Wir haben uns als rot-grüne Koalition auf die Fahnen geschrieben, dass wir die Inklusion in Nordrhein-Westfalen umsetzen wollen. Das bedeutet die Wertschätzung und die Anerkennung der Vielfältigkeit und der Unterschiedlichkeit der Menschen. Inklusion bedeutet, dass alle dazugehören. Es bedeutet auch, jeden Einzelnen in seinen Fähigkeiten und nicht in seinen Defiziten zu sehen und ihm zu ermöglichen, an dieser Gesellschaft teilzuhaben.

Wir haben uns vorgenommen, den Aktionsplan Inklusion zu gestalten. Herr Post, Sie haben gefragt, was denn mit diesen 1,5 Millionen € getan werden soll. Das kann ich Ihnen erläutern. Damit soll genau dieser Plan auf den Weg gebracht werden. Es sollen Beteiligungsprozesse organisiert werden. Es sollen Modellprojekte finanziert werden. Dieser Plan soll also mit Leben gefüllt werden. Dafür nehmen wir Mittel in die Hand.

Genauso nehmen wir Mittel in die Hand, um die Integration der Menschen mit Behinderung ins Arbeitsleben zu verbessern. Das ist ein ganz wesentlicher Teil, um Inklusion möglich zu machen. Wir haben den Titel aufgestockt. Hier wollen wir – mit dem Schwerpunkt bei den Integrationsfirmen – Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, damit sie dann tatsächlich in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis tätig sein können.

Des Weiteren haben wir wieder 700.000 € für die ehrenamtliche Betreuung zur Verfügung gestellt. Dieser Haushaltsansatz wurde unter Schwarz-Gelb – Herr Laumann hat das damals gemacht – auf die Hälfte gekürzt. Wir haben uns damals schon gewundert, warum ausgerechnet die ehrenamtliche Betreuungsarbeit von Ihnen weggestrichen wurde; denn erstens wird das Ehrenamt von Ihnen sonst immer sehr hoch gehoben, und zweitens wird damit eine ganz wichtige Arbeit geleistet. Es wird nämlich verhindert, dass teure professionelle Hilfe angeboten und bezahlt werden muss. Deswegen haben wir diesen Titel wieder um die Hälfte angehoben und das entsprechend notwendige Geld zur Verfügung gestellt.

Wir sind auf einem guten Weg. Wir wollen die inklusive Gesellschaft gestalten. Dazu gehören ganz unterschiedliche Facetten. Das beginnt bei den Kindern. Es fängt im Elementarbereich an und geht weiter über die Schule bis in alle Lebensbereiche, die wir barrierefrei gestalten wollen. Wir machen uns auf den Weg und nehmen diese Herausforderung an.

Zum zweiten Punkt, der Sozialpolitik: Die große Herausforderung wird uns durch die Berichte von OECD, UNICEF und Bertelsmann Stiftung immer wieder als Hausaufgabe ins Stammbuch geschrieben. Dabei geht es darum, dass die Spaltung dieser Gesellschaft in Arm und Reich sich immer weiter vergrößert. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Nach der jüngsten Untersuchung der OECD sind die Armutsrisiken in Deutschland im Unterschied zu anderen westlichen Industrieländern deutlich angewachsen.

Weil wir in diesem Bereich einfach hinterherhinken, haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, insbesondere auf die Bekämpfung der Kinderarmut einen Schwerpunkt zu setzen. Wir haben das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“, das ja auf die Kinder in der Schule reduziert war, auf den Elementarbereich ausgeweitet. Natürlich haben wir die Änderungen durch das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung bereits im Haushalt nachvollzogen. Allerdings wollen wir die Kinder im Asylbewerberleistungsbezug wieder mit hineinnehmen. Außerdem haben wir einen Anteil für Kinder, die besonderen Härten unterliegen, aufgenommen, um auch ihnen ein warmes Mittagessen in der Kita oder in der Schule zu ermöglichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

An diesem Punkt muss ich, liebe CDU-Fraktion, dann doch einmal auf das eingehen, was Sie hier zu diesen Haushaltsgestaltungen und zu dieser Haushaltsdebatte beitragen. Wir haben von Ihnen ja nur einen äußerst dünnen Antrag erhalten. Das ist der einzige Antrag, den Sie zu diesem Haushalt zusammengebracht haben. Er enthält ganz viel Lyrik und Beschreibung. Auf vielen Seiten wird die enge Haushaltssituation dargestellt. Auf Seite 4 schlagen Sie dann etwas vor – der Antrag stammt vom

12. April 2011 –, was wir längst nachvollzogen haben. Dort schreiben Sie nämlich, die 58 Millionen € Aufstockung des Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ müssten jetzt im Haushalt korrigiert werden. Das haben wir längst getan.

(Das Ende Redezeit wird angezeigt.)

Machen Sie doch zumindest einmal Ihre Hausaufgaben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Verfolgen Sie doch wenigstens das nach, was im Haushalts- und Finanzausschuss bereits von uns beantragt wurde. Es wäre doch das Mindeste, was von Ihnen als Opposition zu erwarten wäre, dass Sie wenigstens à jour sind und dass Sie das aktualisieren.

(Das Ende Redezeit wird erneut angezeigt.)

Ich halte das, was Sie hier machen, für eine Art von Verweigerungsstrategie. Als große Oppositionsfaktion nichts gestalterisch zu diesem Haushalt beizutragen und keinen einzigen konstruktiven Vorschlag zu machen, aber dann noch nicht einmal Ihren Haushaltsantrag zu aktualisieren – das ist erbärmlich. Das ist sozusagen Totalverweigerung.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Ich muss sagen: Damit haben Sie sich auch ein Stück außerhalb der Diskussion gestellt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hafke das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Thema anfangen, das von uns in Zukunft große Anstrengungen fordert, und hinzufügen: hoffentlich zunehmend bei Verzicht auf die üblichen parteipolitischen Reflexe. Das ist das Thema „Kinderarmut“.

Nach einer Analyse der Bertelsmann Stiftung gilt in Nordrhein-Westfalen jedes sechste Kind als arm. NRW steht zwar etwas positiver da als der Bundesdurchschnitt, schneidet aber im Vergleich der Flächenländer schlecht ab. Das macht deutlich, dass hier noch immer viele Aufgaben auf die Landespolitik warten.

Das Thema „Kinderarmut“ wurde bereits in der letzten Legislaturperiode intensiv debattiert. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat aus gutem

Grund einen runden Tisch zur Beseitigung der Kinderarmut eingerichtet sowie die Kinderbetreuung und das Angebot von Ganztagschulen ausgebaut. Zu erinnern ist auch an die Bundsratsinitiative für Kinder im Leistungsbezug des SGB II und SGB VII zur verbesserten Teilhabe an Bildung sowie an das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

Dort hat es in den letzten Wochen bemerkenswerte Veränderungen gegeben. Wir erinnern uns an die im Haushaltsentwurf von Rot-Grün ursprünglich geplante Mittelerhöhung in Höhe von 51 Millionen €. Dabei war schon lange bekannt, dass es entsprechende Mittel für Kinder aus Familien mit Hartz-IV-Leistungsbezug geben würde, ebenso wie für Kinder aus Haushalten mit geringen Einkommen.

Aber der Landesregierung war das nicht genug. Jetzt sind SPD und Grüne offenbar, gezwungen durch das Urteil aus Münster, ins Nachdenken gekommen. Inzwischen ist lediglich von einem Härtefallfonds die Rede.

Nun liegt uns auch ein Änderungsantrag von Rot-Grün vor, der die Mittel um insgesamt 58 Millionen € absenken will. Gleichzeitig soll der Fonds in seiner ursprünglichen Form zum 31. Juli auslaufen. Dieser ganze Vorgang zeigt mal wieder Ihr Verständnis von sozialer Politik. Da werden werbewirksame pauschale Versprechungen gemacht. Wenn es dann an die Umsetzung geht, entdecken Sie, dass das alles eben nicht so einfach ist.

Ansprechen möchte ich auch noch die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder. Das haben Sie meines Erachtens komplett verschlafen. Seit Monaten steht fest, dass es vom Bund mehr Geld für Kinder gibt. Die Regelungen sind seit Anfang April in Kraft. Vom Bund gibt es Millionen für Nachhilfe, Sport, Musik für die Kinder aus sozial-schwächeren Familien in Nordrhein-Westfalen, und die Mittel konnten nicht verteilt werden. In vielen Städten wurden schon Anträge eingereicht – auch in meiner Heimatstadt Wuppertal –, die aber von den zuständigen Behörden nicht bearbeitet werden konnten, weil die Kriterien und Anweisungen vom Land fehlten. Dabei hätten Sie sich doch schon seit Dezember darauf vorbereiten können.

Natürlich ist es richtig, dass man formal – wie Herr Schneider sagt – auf die Verabschiedung des Gesetzes warten muss. Aber dass es zum Beispiel Nachhilfe geben soll, darüber waren sich im Prinzip alle einig. Meines Erachtens hätten Sie da bereits Maßnahmen im Vorfeld treffen können. Stattdessen haben Sie die Kommunen, die sich mit der Umsetzung der Regelungen befassen wollten, auch noch per Erlass gestoppt. Heute kam die Mitteilung des Ministeriums, dass es losgehen kann. Wir freuen uns, dass Sie jetzt offenbar endlich die Fahrt aufnehmen. Ich hoffe, dass nun tatsächlich zügig das Geld und damit mögliche Nachhilfeleistungen, Vereinsbeiträge etc. nach Nordrhein-Westfalen geholt werden können.

Im Mittelpunkt der nordrhein-westfälischen Sozialpolitik der letzten Jahre standen neben der Bekämpfung der Kinderarmut vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte zu diesem Zweck das ressortübergreifende Programm „Teilhabe für alle“ aufgelegt, das rund 60 Projekte aus den unterschiedlichen Lebensbereichen bündelte.

Inzwischen steht an Stelle des bisherigen integrativen Ansatzes der Leitgedanke der Inklusion im Fokus. Damit ist der Anspruch verbunden, die gesellschaftliche Struktur so zu gestalten, dass sie für Behinderte und Nichtbehinderte gleichermaßen zugänglich ist, und die Anpassungsleistung nicht primär vom behinderten Menschen ausgehen muss.

Die Landesregierung will hierzu einen Aktionsplan mit dem Titel „Eine Gesellschaft für alle – Nordrhein-Westfalen inklusiv“ aufstellen, der ebenso wie das Programm „Teilhabe für alle“ ressortübergreifend konzipiert wird. Man darf auf die konkreten Vorhaben gespannt sein. Das gilt vor allem für die Maßnahmen, die zu einer „Bewusstseinsbildung für inklusives Denken und Handeln“ beitragen sollen.

Im Redemanuskript von Minister Schneider heißt es dazu sehr treffend: Wohlgemerkt es geht nicht um die öffentliche Darstellung der Landesregierung, sondern darum, in den Köpfen der Menschen Inklusion stärker zu verankern. – Da kann man nur hoffen, dass das entsprechend so umgesetzt wird.

Wichtig für die Haushaltspolitik ist jedoch, dass hier eine Erhöhung des Ansatzes vorgeschlagen wird und dies mit dem Mehraufwand begründet wird, der durch die Umsetzung der Inklusion bedingt ist. Das sind immerhin 2,2 Millionen €. Inwiefern sich die Finanzierung von Betreuungsvereinen und vor allem von hauptamtlichen Mitarbeitern vor Ort tatsächlich positiv für die Betroffenen bemerkbar macht, wird sich zeigen. Wir werden uns das daher sehr kritisch anschauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einmal meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass wir gerade in den Bereichen, die die Chancen der jungen Generation betreffen, auch einmal auf Parteitaktik verzichten können. Das unsägliche Geschacher beim Bildungspaket war kein gutes Zeichen. Ich hoffe, dass wir so etwas zukünftig verhindern können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion Die Linke Frau Dr. Butterwege das Wort.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier von Arbeits- und Sozialminister Schneider vorgelegte Etat muss die Suppe auslöfeln und die sozialen Löcher stopfen, welche die Politik des Sozialabbaus der letzten Jahre im Bund, unter anderem von SPD und CDU angerichtet haben. Wahrlich keine leichte Aufgabe!

(Beifall von der LINKEN)

Wenn wir nun den Einzelplan 11 zur Sozialpolitik betrachten, dann ist schnell offensichtlich, dass diese Landesregierung diese Aufgabe voller Hindernisse auch nur sehr zögerlich wahrnehmen möchte.

Aber die Regeln für ein gutes Feedback geben vor, dass Kritik immer mit dem Positiven beginnen sollte. Wir begrüßen durchaus die Mittelerhöhung für ein inklusives Nordrhein-Westfalen. Diese sind ja hier auch schon angesprochen worden. Aber sie sind erstens vermutlich nicht ausreichend und dürfen zweitens nicht auf den Etat für Soziales reduziert werden.

(Beifall von der LINKEN)

Zumal auch der mehrfach angekündigte Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention trotz anderweitiger Versprechungen, er solle schon im März vorliegen, immer noch nicht konkretisiert ist. Folglich ist auch die Grundlage für diese Mittelerhöhung vollkommen nebulös.

Wer aber aktiv für eine inklusive und integrative Gesellschaft der Teilhabe eintritt, in der Sozialpolitik auch präventiv ausgerichtet ist, und wer diese Gesellschaft auch zukunftsfest machen möchte, der muss Armut als gesamtgesellschaftliches Problem ernstnehmen und sie offensiv bekämpfen. Ich denke, hier stehen Sie erst – wie wir alle – am Anfang.

Deutlich wird dies an einem zentralen Projekt der letzten Monate, der Wiederaufnahme der Förderung der Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen. Es ist ja begrüßenswert, dass Sie hier die von Schwarz-Gelb zerschlagene Beratungslandschaft wieder aufgeforstet haben. Der Teufel steckt aber im Detail: Die Erwerbslosenberatungsstellen quasi auf Außenstellen der Arbeitsmarktpolitik zu reduzieren, ist zu kurz gegriffen, denn Erwerbslose brauchen auch parteiisch arbeitende Interessensvertretungen, die Ihnen

(Beifall von der LINKEN)

bei der Durchsetzung ihrer Rechte zur Seite stehen. Denn Erwerbslosigkeit ist kein individuelles, sondern ein politisches Versagen der Gesellschaft, in der es nicht genügend Erwerbsarbeit für alle gibt.

Daher fordern wir ein zweites, kleineres Förderprogramm, welches den Selbsthilfe- und den Selbstorganisationscharakter in den Vordergrund stellt, welches auch Erwerbsloseninitiativen ohne professionellen Strukturen die Chance gibt, sich mittels Lan-

desförderung zu qualifizieren und Strukturen für eine unabhängige Erwerbslosenberatung aufzubauen.

(Beifall von der LINKEN)

Worauf müsste der Einzelplan noch Antworten geben? – Meine Damen und Herren, damit komme ich auf ein weiteres Thema, das hier schon oft angesprochen worden ist, auf die Kinderarmut, zu sprechen. NRW ist das einzige Bundesland, in dem die SGB-II-Quote von Kindern unter 15 Jahre seit dem Jahr 2006 im Bundesländervergleich nicht gesunken ist. Fast eine halbe Million Kinder leben in Nordrhein-Westfalen von den viel zu niedrigen Hartz IV-Regelleistungen und leiden damit zum Teil unter Hunger, unter mangelhafter Grundversorgung, unter sozialer Ausgrenzung und unter Perspektivlosigkeit. Hier muss die Landesregierung mehr tun, als in Pressemitteilungen Krokodilstränen zu vergießen, denn sie steht hier in der Verantwortung.

Meine Damen und Herren, da genügt es nämlich nicht, sich bei dem jüngst beschlossenen, verfassungswidrigen Hartz-IV-Kompromiss im Bundesrat zu enthalten. Sie müssen, um Glaubwürdigkeit zu wahren, auch im Haushalt klar Position gegen Kinderarmut beziehen. Das heißt, neben der hochgelobten präventiven Sozialpolitik ist vor allen Dingen eine aktive Armutsbekämpfungspolitik erforderlich. Die vermisste ich. Das heißt nämlich Kinderregelsätze erhöhen, das heißt die Infrastruktur für Kinder in Kommunen stärken, das heißt Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen anbieten. Ansätze dafür sehe ich ja im Einzelplan 11; aber es reicht beispielsweise nicht, den Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ einfach in einen Härtefallfonds umzuwandeln

(Beifall von der LINKEN)

und ihn, statt ihn – wie ursprünglich – mit 70 Millionen € auszustatten, um 58 Millionen € auf 12 Millionen € zu reduzieren, um die Ersparnisse in die Haushaltskonsolidierung zu stecken. Hier können Sie ganz einfach ansetzen.

Meine Fraktion Die Linke wird entsprechend beantragen, für die finanzschwachen Familien den Eigenanteil in Höhe von 1 € pro Mahlzeit zu übernehmen

(Beifall von der LINKEN)

und diesen aus den verbliebenen Geldern des Fonds zu finanzieren, statt damit den Haushalt zu konsolidieren. Das ist ein ganz einfacher Weg. Denn auch der Eigenanteil belastet Familien im SGB-II-Leistungsbezug so übermäßig, dass ihre Kinder trotz Bezuschussung dem Mittagessen zum Teil fernbleiben müssen.

Immerhin: Ihr Sozialetat ist eine Atempause gegen den rasanten Sozialabbau, den dieses Land zuletzt erlebt hat. Nach dieser Atempause müssen Sie aber besser werden. Die gesellschaftlichen und die parlamentarischen Mehrheiten für eine Politik der

sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit, für ein inklusives und für ein integratives Nordrhein-Westfalen für alle könnte es geben, wenn Sie gewillt wären, sich mit uns für einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der Mehrheit der Menschen einzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Dr. Butterwegge. – Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Schneider das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Post, ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie angesichts des politischen Personals Ihres Koalitionspartners in Berlin Herrn Steinbrück nachtrauern. Das kann ich sehr wohl verstehen.

(Norbert Post [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich kann mich aber auch daran erinnern, wie Sie Herrn Steinbrück, als er in politischer Verantwortung war, massiv kritisiert haben. Wissen Sie, das ist bei Ihnen immer so: Nicht mehr im Amt befindliche Sozialdemokraten sind Ihnen die Liebsten.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Ich habe Ihrem ehemaligen Ministerpräsidenten mal gesagt, es sei ein Wunder, dass er nicht noch auf Erich Ollenhauer Bezug nimmt. Seien Sie ganz gewiss: Sie werden es noch eine ganze Weile mit uns zu tun haben – Sie in Ihrer Rolle als Opposition und wir als Koalition und Regierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist viel von präventiver Politik gesprochen worden. Diese präventive Politik gilt auch für Familien und Kinder. Dies ist gerade in der Sozialpolitik ganz entscheidend.

Wir wollen die Teilhabemöglichkeiten derjenigen Bevölkerungsgruppen, die Defizite aufweisen, die benachteiligt sind, ausgleichen. Die Bekämpfung der Kinderarmut wird dabei hohe Priorität haben. Es darf ganz einfach nicht sein, dass jedes vierte Kind in unserem Lande in einem einkommensarmen Haushalt lebt und auch deshalb von sozialer Ausgrenzung betroffen ist.

So komplex wie das Thema „Kinderarmut“ sind auch die Maßnahmen, die wir zur Prävention erarbeitet haben und umsetzen wollen. Im MAIS führen wir den runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“ fort und entwickeln ihn vor dem Hintergrund des eben schon angesprochenen Bildungs- und Teilhabepaketes konzeptionell weiter.

In diesem Zusammenhang war und ist der Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Kinderarmut. Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket ist jetzt geregelt, dass der Bund einen Zuschuss für ein gemeinsames Mittagessen zur Verfügung stellt, wenn Schule, Hort oder Kita ein entsprechendes Angebot bereithalten.

Noch einmal zu den Daten: Der Vermittlungsausschuss hat letztlich am 23. Februar 2011 darüber befunden, wie dieses Paket aussehen soll. Wenn Sie, Herr Post, im Westdeutschen Fernsehen behaupten, wir hätten seit Weihnachten Zeit gehabt, Vorbereitungen für die Umsetzung dieses Paketes zu treffen, dann geht Ihr Kalender zwei Monate falsch.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lebhafter Widerspruch von der CDU)

Das kann man auch nicht so stehen lassen. Erkundigen Sie sich bei den Landesorganisationen Ihrer Partei. Sie werden feststellen: Wir sind, was die Umsetzung dieses Paketes angeht, Speerspitze unter allen Bundesländern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Herr Laschet, mit Ihnen hat es in Rheinland-Pfalz ja nicht geklappt. Vielleicht wäre es dann besser geworden.

(Armin Laschet [CDU]: Die SPD hat da 10 % verloren!)

Im Übrigen möchte ich noch einmal daran erinnern, dass dieses Bildungs- und Teilhabepaket ohne das Wahlergebnis vom 9. Mai 2010 in NRW nicht vorhanden wäre.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Erst dieses Wahlergebnis hat dazu geführt, dass die Herrschaften überhaupt in den Vermittlungsausschuss gehen mussten, sonst wäre Ihre falsche Politik durchgewunken worden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Schon das ist ein sehr positives Ergebnis.

Wir wollen in der Behindertenpolitik positive Ansätze fortsetzen. Das Thema der nächsten Jahre ist die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion. Hierfür bedarf es eines langen Atems und natürlich auch der notwendigen Mittel. Wir wollen Schritt für Schritt die Behindertenarbeit in die Inklusion überführen und brauchen dafür starke Partner in Form der Behindertenorganisationen, in Form der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Ich bin sicher, dass wir auch in der Sozialpolitik trotz schwieriger Haushaltsverhältnisse in den nächsten Monaten und Jahren ein gutes Stück nach vorn kommen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Teilbereich nicht vor, sodass wir am Ende der Beratungen des Teilbereichs Soziales und damit am Ende der Beratung des Einzelplans 11 insgesamt angeht sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 15/1711, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlussempfehlung anzunehmen, folgen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1711** mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP so **angenommen** und der **Einzelplan 11 verabschiedet**. Die Abgeordneten der Fraktion Die Linke sind zwar anwesend, haben aber an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Ich rufe nun auf

**Einzelplan 15
Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 15/1715.

Wir kommen zunächst zum

**Teilbereich
Gesundheit, Pflege und Alter**

Als erstem Redner in der Debatte zu diesem Teilbereich darf ich dem Abgeordneten Kleff für die Fraktion der CDU das Wort geben. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Kleff (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wikipedia bezeichnet ein Phantom als eine „unwirkliche Erscheinung“. Eine unwirkliche Erscheinung ist auch der Haushalt 2011, den Sie trotz der Warnung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen dem Landtag vorlegen. Sie muten uns einen Haushalt zu, der vorsätzlich und ohne Not gegen die Verfassung unseres Landes verstößt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Aber was wir bis jetzt erreicht haben, ist ein Riesenerfolg. Wir haben den Menschen in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2010 und 2011 gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung zusätzliche Schulden in Höhe von mehr als 6 Milliarden € und die damit verbundenen Zinsen erspart.

So, wie sich die Haushaltsberatung heute darstellt, werden Sie mit einer Mehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken das Land mit einem Haushalt regieren, der nicht verfassungskonform ist.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Wir regieren nicht!)

Das ist genauso, als wenn jemand ohne Führerschein ein Auto steuert.

(Beifall von der CDU)

Dies ist der erste Haushalt, den die rot-grüne Landesregierung vorlegt. Die angeblich vorausschauende, präventive Finanzpolitik von Frau Kraft führt zu einer Verschuldung unseres Landes, die mittelfristig diejenigen Bürger trifft, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Das ist unsozial mit Ansage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Kleff, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Zum einen habe ich natürlich die Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, etwas ruhiger hier im Saal zu sein, und zum anderen möchte der Abgeordnete Mostofizadeh eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese Zwischenfrage zu?

Hubert Kleff (CDU): Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Abgeordneter Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Kollege, Sie haben eben behauptet, die Linke würde den Haushalt mittragen. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die Linke sich bis jetzt an keiner Einzelplanabstimmung beteiligt hat?

Hubert Kleff (CDU): Ich kann das aufgrund des bisherigen Verhaltens schon vorhersehen.

(Vereinzelt Beifall und Heiterkeit von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Können Sie mir die Lottozahlen bitte auch vorhersagen? – Unruhe)

Das ist der erste Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, der von Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin Steffens, zu verantworten ist. Der Ansatz im Einzelplan 15 steigt – bereinigt – um 39,4 Millionen € an. Der eine oder andere Haushaltsansatz wäre sicher wünschenswert und könnte von uns mitgetragen werden. Aber wie so oft im Le-